

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 29 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Wustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1906 unter Nr. 7124.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehnpennige Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Jun 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 15. März 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Eine Enquete, wie sie sein soll.

Im Nachbarstaate Oesterreich, speziell in Wien, ist auf dem geistigen Kampfplatze, wo Kapital und Arbeit sich befinden, wieder einmal eine Schlacht geliefert, in der die sozialdemokratischen Arbeiter trotz unzureichender Mittel gezeigt haben, was sie können. Es ist nur eine papierne Schlacht, ein Enqueten-Kampf; aber lehrreich genug, um hier die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Das in diesem Jahr veröffentlichte „Stenographische Protokoll der durch die Gewerkschaften Wiens einberufenen gewerblichen Enquete“, abgehalten vom 18. Dezember 1892 bis 12. Januar 1893, erscheint, wie die Verlagsbandlung bemerkt, durch mäßige Umsätze verspätet, aber dies thut den durch die Enquete gezeigten Resultaten keinen Abbruch. Die Vorgeschichte der Enquete ist kurz folgende: Der österreichische Handelsminister, von den Zünftern gedrängt, forderte im Jahre 1892 die Handels- und Gewerbetammern zur Erhaltung von Gutachten über die Frage des Befähigungs-Nachweises und der Zwangsgegenstände auf. Fragen über die Arbeitszeit im Kleinergewerbe, der Tagelöhner und nichtqualifizierten Arbeiter, über Fortbildungsschulen und dergl. waren angehängt. Die Wiener Handels- und Gewerbetammer sandte demzufolge zwei Fragebogen an die Korporationen der Unternehmer und die Vereinigungen der Arbeiter, veranstaltete also eine schriftliche Umfrage.

Der Uebelstand, an dem diese von vornherein litt, war die Unübersichtlichkeit in der Fragestellung, hervorgerufen durch das Zusammenwerfen der verschiedensten Gegenstände. Außerdem nöthigte die Fassung der Fragen beinahe dazu, mit einem trockenen Ja oder Nein zu antworten. Aus dem gleichen Grunde ist auch das Ergebnis der vom 6. Juni bis 9. August 1893 tagenden parlamentarischen Enquete, die in einem über 1200 Seiten starken Bande vorliegt, kaum der Rede werth. Die Grundlagen für ein Konkurrenz-Unternehmen seitens der gewerkschaftlichen Arbeiter-Organisationen Wiens waren aber damit gegeben.

Nach Bejahung der prinzipiellen Frage, ob man überhaupt von Enqueten, die seitens der staatlichen und Unternehmerorgane veranstaltet werden, Notiz zu nehmen habe, wurde die Frage, ob die von der Handels- und Gewerbetammer gewählte Form zu einem befriedigenden Resultate führen könne, ohne weiteres verneint. Die Umwandlung der schriftlichen Umfrage in eine mündliche Enquete wurde beschlossen, und da in Oesterreich vollste Oeffentlichkeit und Theilnahme von Unternehmern ausgeschlossen waren, lediglich Sachverständige aus Arbeiterkreisen herangezogen und dafür gesorgt, daß stets eine größere Zahl derselben bei allen Sitzungen zugegen war. Die von Dr. Verkauf, S. Reumann und Dr. S. Adler geleitete Enquete nahm 90 Experten, die 85 verschiedene Branchen vertraten. Der Zweck der Veranstaltung wurde von Dr. Verkauf bei der Begründung in die Worte gefaßt: Der Wunsch, die tatsächliche Lage der Massen zu erforschen, währet bis heute... Hier handelt es sich in erster Linie um die nackte Thatsache. Daß sich aus diesen Schlüssen ergeben, bedarf keiner Darlegung.

Diesem Programm ist die Enquetekommission treu geblieben. Man bekommt nirgends, obwohl die Befragten größtentheils Sozialdemokraten sind, Auslassungen darüber zu hören, wie es

sein könnte und sollte, höchstens sind Wünsche zu hören, die sich auf Beschränkung der maßlos ausgeübten, oft 15, 18, ja selbst 24 Stunden währenden Arbeitszeit beziehen, auf einen geschickten Maximalarbeitszeit für gelernte und ungelernete Arbeiter und Tagelöhner, sowie alle Arbeiter im Kleinergewerbe. Auch die Arbeitszeit in der Hausindustrie soll wie im Fabrikwesen eingeschränkt werden. Ferner Wünsche betreffend Abstellung der Lehrlingschinderei und Ausbildung der Lehrlinge in staatlichen Lehrwerkstätten, sowie Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die nur unter den kümmerlichsten und gesundheitschädlichsten Bedingungen fortbestehende Hausindustrie. Auch Verbot der Frauenarbeit (Zackler). (Nicht zu vergessen den Fall, den der Experte der Glas- und Porzellanmaler anführt: ein Fräulein, das die Malerei als Quelle für Taschengeld betrachtet und einen Porzellangegenstand für 5 fl. lieferte, während ein Arbeiter sicher 25 fl. dafür bekommen hätte.)

Einen sehr breiten Raum in den Darlegungen der Experten nehmen die Zustände im Lehrlingswesen ein. Meist werden mehr Lehrlinge gehalten als nach dem Meisterstatut oder der Gewerbeordnung gestattet sind. Der Buchbinder-Experte gibt an, daß die größte Zahl der zu haltenden Lehrlinge in seinem Gewerbe 6 sei; aber nur solche Meister dürfen 6 Lehrlinge halten, die über 10 Arbeiter beschäftigen. Da fast jeder kleine Meister die Zahl 6 überschritten hatte, gab der Genossenschaftsvorsteher den Meistern den Rath, die überschüssige Zahl als Hilfsarbeiter einzutragen zu lassen. Mit einer solchen Maßregel geht eine entsprechende Verlängerung der Lehrzeit für die überschüssigen Lehrlinge Hand in Hand. Ueber die Anwendung von Lehrlingen macht ein Experte interessante Angaben; danach existirt ein Lehrlingsimport aus Böhmen, was der Experte mit Recht als „Menschenhandel“ bezeichnet. Die Arbeitszeit der Lehrlinge wird durchweg als außerordentlich geschäftlich, namentlich spielt die Verwendung zu häuslichen Arbeiten, Austragen von Paketen, Herumschleppen bei den Kunden u. dgl. fast überall eine Rolle.

Der Experte der Polamentierbranche giebt an, daß einzelne Gewerbeinhaber nur mit Lehrbuben arbeiten. Wenn viel zu thun ist, nehmen sie 1-2 Gesellen auf; nach der Lieferung werden sie wieder hinausgeworfen. Die Lehrlinge stehen im 14. Jahre. Derselbe Experte bezeugt auch, daß die Lehrlingsausbildung äußerst mangelhaft ist. Die Arbeiter sind meist in Stückerbeit und haben daher keine Zeit, den Lehrling anzubilden. Die Theilung der Arbeit erzeugt ferner eine einseitige Ausbildung des Lehrlings. Wenn man den Befähigungsnachweis streng durchführen wollte, müßte jeder Lehrling unzählige Werkstätten durchwandern. Und der Tischler-Experte bezeugt, daß die meisten Werkstätten sich die Hausrechte ersparen, weil sie die Lehrlinge billiger haben. Charakteristisch ist ferner die Antwort des Buchbinder-Experten auf die Frage: Ist der im Großbetrieb verwendete Lehrling hernach befähigt, im Kleinergewerbe zu arbeiten? Nein, er kann kein Buch fertig machen. Ein Lehrling, der im Großbetrieb gelernt hat, kann nur im Großbetrieb wieder Arbeit finden. — Der Befuch der Fortbildungsschule liegt sehr im argen. Die übermäßige Arbeitszeit veranlaßt die Lehrlinge, die Schule zum ausfallen zu neigen. Eine Verlegung des Schulbesuches der Lehrlinge vor die eigentliche Arbeitszeit oder in die Nachmittagsstunden ohne darauffolgende Arbeit, ist deshalb fast allgemein Ansicht

der Experten. Manche stellen die Forderung von Staatslehrwerkstätten, wo theoretisch und praktisch gelehrt würde. Lehrwerkstätten würden die Meisterlehre vollkommen ersetzen zum Vortheil der Lehrlinge.“ Der Schneider-Experte sagt direkt, daß die Meister, die lehren können, immer weniger werden. Die Lehrlinge sind nur Ausbeutungsobjekte. — Wie die Klagen über Verdrängung der Gesellen durch Lehrlinge in der kleinen Werkstatt nicht aufhören, so ist ganz allgemein die Tendenz herrschend, menschliche Arbeit durch mechanische, gelernte durch ungelernete in der Fabrik zu ersetzen. Der Mühlen-Experte sagt z. B., daß in den großen Mühlen und Dampfmaschinen größtentheils nur nichtgelernte Arbeiter beschäftigt werden. Warum? Weil der Besitzer einem „vagierenden Schuster“ nicht den Lohn zu zahlen braucht, wie dem „Müller“.

Die Fabrik von Hinkofsch beschäftigt 100 Leute, davon 22 gelernte und etwa 12 Graveure und Ziseleure, der Rest sind Hilfsarbeiter. Die Fabrik stellt meist Bekleidung mittels Maschinen her, die von Leuten aller Berufs, auch von Frauen, bedient werden. Die kleinen Meister können diese Konkurrenz nur aushalten, indem sie unzählige Lehrlinge ausbeuten. — Von der Hausindustrie wissen viele der Vernommenen ein Lied zu singen. In Metall- und Holzgewerbe existirt zwar keine Hausindustrie im eigentlichen Sinn, aber es giebt Arbeiter, die Drehbänke zu Hause haben und nach Feierabend Arbeit mit nach Hause nehmen. Oder sie haben Kundschaf, von der sie Arbeit beziehen und dann arbeiten sie bis 12 und 1 Uhr nachts. In andern Gewerben, z. B. bei den Schuhmachern, blüht die Hausindustrie und das sogenannte Schwitzsystem. Bei den Goldschmiedern ist das Singspielwesen entwickelt. Die Gesellen sind die zu grunde gehenden kleinen Meister, die mit den Fabrikanten nicht konkurriren können, deshalb zu ihnen gehen und sie um Arbeit in's Haus ersuchen. Der Experte der Glas- und Porzellanmaler trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er sagt: In mehreren Fabriken gilt der 9 stündige Arbeitstag, aber dadurch, daß man Arbeit mit nach Hause giebt, und durch das Singspielwesen wird die Arbeitszeit unbeschränkt. Das Singspielwesen und die Hausindustrie blühen, weil der Unternehmer seine Waaren bekommt, ohne Raum, Licht, Heizung zu bezahlen. Dadurch, daß die Arbeitszeit zu Hause unbeschränkt ist, bekommt der Unternehmer die Waare billiger geliefert. Durch die Hausindustrie wird ein furchtlicher Druck ausgeübt.

Die Ansagen der Sachverständigen erstrecken sich weiter auf Frauen- und Kinderarbeit, Berufskrankheiten, Schutzvorrichtungen, Kranken- und Unfallversicherung, sowie Sonntagsarbeit.

Tiefes der Initiative von „Arbeiterbehörden“ entsprungene Enquete liefert den vollständigsten Beweis, daß die Zeiten der Bevormundung der Arbeiter durch bürokratische Organe vorbei sind. Nur da, wo die Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren zugelassen werden, kann noch etwas Erpressliches geleistet werden. Die Sachkenntnis der Experten, die Vollständigkeit, Klarheit und Uebersichtlichkeit ihrer Ansagen zeigt oft genug in Erstaunen. Man hat den Eindruck, es mit Leuten zu thun zu haben, die über ihre ökonomische Lage nachgedacht haben und im Stande sind, ihre Gedanken für eine Verbesserung ihrer Lage im einzelnen Gewerbe wie auf dem Wege der Gesetzgebung für ihre ganze Klasse zu verwerthen.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande.

Ein Blatt südamerikanischer Geschichte.

Als sich Silvano Godoy eines Morgens reisefertig machte, um den Weg nach Corrientes anzutreten, und sich eben nach Carmen umschaute, der man das ganze Unternehmen geheim gehalten, um sich von ihr für eine Geschäftsreise, wie er vorgab, zu verabschieden, trat ihm diese ebenfalls zur Reise gerüstet entgegen.

„Was willst Du, Carmen?“
„Tausche mich nicht, Silvano,“ sagte diese einfach, „ich weiß alles... ich weiß, daß es sich um die Ermordung meines Schwagers handelt... Wo Du bist, da werde ich auch sein... solltest Du in Gefahr kommen, so will ich bei Dir sein, um sie mit Dir zu theilen...“

Und dabei blieb sie. Sie schiffte sich trotz allen Abmachens mit ihrem Gatten nach Corrientes ein, und als wenige Tage darauf Ricanor mit seinen Genossen nach Asuncion ritt, um die blutige That zu vollbringen, blieb die kleine Waldhütte leer und einsam und man hörte weit und breit herum keine andere Stimmen mehr als das Geschrei der Papageien und das Getöse der Affen.

Der zwölfte März war erfrischend, und der General Caballero stand Vormittags noch in Unterkleidern am Fenster und sah sinnend vor sich hin. Es war noch ziemlich früh, als der Diener aus dem Ministerium zu ihm hineintrat und ihm eine schriftliche Einladung des Präsidenten brachte, heute auf keinen Fall zu fehlen, da eine wichtige Beratung zur Tagesordnung stünde.

„Sagen Sie Seiner Excellenz, daß ich pünktlich dasein

werde,“ entgegnete er, machte aber gar keine Miene sich anzukleiden, obwohl die Uhr schon auf zehn ging, der Stunde, in welcher die gewöhnlichen Sitzungen begannen.

Erst punkt zehn Uhr griff er langsam nach seinen Kleidern. Auf verschiedenen Wegen waren am vergangenen Abend die sechs Verschworenen in Asuncion eingetroffen, waren in verschiedenen Posadas abgestiegen und thaten, als wenn einer von dem andern gar nichts wüßte. Sie hatten allerdings ihren Plan in allen Einzelheiten vorher sorgfältig erwogen und vermieden es, um jedes Ausschauen abzuwehnen, sich vor der That in Asuncion zu begegnen. Drei von ihnen, darunter Ricanor Godoy hatten kurze Karabiner unter ihren Ponchos mitgebracht, während die anderen als einzige Waffe nur lange Dolche bei sich trugen. Man hatte beschlossen, alle Gassen und Straßen, die nach dem Regierungsgebäude führten, zu besetzen, so daß der Präsident einem wenigstens ganz sicher in die Hände fallen würde. Sein Pferd wollte jeder in nächster Nähe stehen lassen — das paraguayische Pferd ist gewöhnt ruhig auf seinen Reiter zu warten, ohne sich zu entfernen — um nach vollbrachter That womöglich zu entkommen. Gegen zehn Uhr pflogte der Präsident, begleitet von zwei Adjutanten, von seiner Privatwohnung nach dem Regierungs-Gebäude zu gehen und diese Stunde hatte man deshalb zum Attentat bestimmt. Danach wollte man wenn möglich die südliche Vorstadt gewinnen, um auf den Weg nach den Missionen zu gelangen.

„Es wird Zeit, daß ich mich verabschiede,“ sagte Ricanor Godoy um halb zehn Uhr zu dem Gastwirth, der ihn beherbergt hatte... „Sie haben recht, Patron, es ist eine schlechte Zeit in Paraguay... aber verzagen Sie nicht, vielleicht ändert es sich einmal...“

„Ach was, Ricanor, hier zu Lande hat niemand Muth und an den elenden Papierzetteln des Herrn Gill sterben wir nächstens alle... Gute Reise wünsche ich Euch und gute Verrichtung...“

Ricanor Godoy bestieg sein Pferd, ritt ruhig die Stadt entlang, bis er in die Calle Villa Rica kam, ritt bis dahin, wo man einen Zugang auf das Regierungsgebäude hatte,

stieg hier ab, legte sehr sorgfältig seinem Pferde den Zügel über den Sattel, und stellte sich selber an die Ecke mit der Miene eines Mannes, der ungewöhnlich viel Zeit hat, weil er gerade aus dem Kamp gekommen ist, um in irgend einer paraguayischen Staatssoffizin abgefertigt zu werden. Wenige Augenblicke darauf besetzten andere fünf Männer in Ponchos die benachbarten Ecken, die ihre Pferde gleichfalls auf der Straße stehen ließen. Das fällt in einer Stadt wie Asuncion nicht auf, da dort alle Welt reitet und die belebten Straßen meist massenhaft voller Pferde stehen. Ricanor verfolgte gedankenvoll den Zeiger der Uhr auf der Kathedrale, den er gerade erblicken konnte. Eben begann die Glocke der Uhr die Stunde zu schlagen, als er aus der Ferne den Präsidenten mit seinen beiden uniformirten Begleitern kommen sah. Er kam gerade in der Straße, die Ricanor besetzt hielt. Godoy begann vor Aufregung zu zittern. Wird er an der vorletzten Ecke abbiegen und den Weg durch die nächste Straße nehmen!

Drei Sekunden vergehen und jetzt ist er sicher, daß er an ihm vorbeikommt; denn die Ecke ist er eben vorbeigegangen. Er kann ihm nicht mehr ausweichen. Ricanor zieht sich zwei Schritte hinter seine Ecke zurück und faßt unter seinen Poncho. Wenige Sekunden und die Schritte der sich Nähernden sind dicht vor ihm... Sie stehen auf einmal gegenüber, Brust gegen Brust.

Der Präsident, der sich plötzlich Ricanor Godoy gegenüber sieht, wird leicht verlegen, und faßt zum Gruß an seinen Hut:

„Guten Tag, Ricanor...“ erwidert dieser, setzt ihm seinen Karabiner auf die Brust, ein Knall, und der Präsident liegt durch das Herz geschossen vor ihm.

Die beiden Adjutanten verlieren bei dem überraschenden Attentat vollständig ihre Besinnung und laufen, um Hilfe schreiend, davon. Ricanor Godoy aber tritt langsam an sein Pferd, schwingt seinen Hut und ruft den erschreckten Reuterigen, die auf den Knall herbeilaufen, mit lauter Stimme zu:

Carl Marx. Heute vor 12 Jahren, am 14. März 1883, starb in London Carl Marx, der Schöpfer des „Kapitals“. Was ihm das Proletariat, was ihm die Menschheit zu verdanken hat, das kann und braucht nicht aufgezählt zu werden — das lebt in den Herzen der Proletarier aller Länder und steht als unvergängliches Denkmal vor der Welt. Ehe der Tod ihn von seiner Arbeit wegriß, hatte Carl Marx die Genugthuung zu sehen, daß sein Mahnwort zur internationalen Vereinigung der Arbeiter sich zu verwirklichen begann, und daß die Internationale Arbeiterorganisation, die er gegründet, weit größeren Umfang und eine weit festere Basis gewann, als er selber erwartet hatte.

Sein Körper ruht in dem freien England. Sein Geist schaffte rastlos in Millionen und Millionen des Volkes, welche auf ihn sich stützten, mit den Waffen, die er ihnen geschmiedet, die Ketten des Kapitalismus zu zerbrechen bemüht sind.

Wir wandeln den Weg, den er uns gezeigt hat. Und was er gewollt und gedacht, machen wir zur That.

So ehren wir sein Andenken! —

Politische Uebersicht.

Berlin, 11. März.

Aus dem Reichstage. In Fortsetzung der Debatte über den Antrag auf Kündigung des Handelsvertrages mit Argentinien hielt heute zu Beginn der Sitzung der Abg. Müller (Dortmund) eine seiner unsäglich langweiligen Reden. Müller ist, wie die Mehrheit seiner Fraktion, gegen die Kündigung, und seine sachlichen Argumente für diesen Standpunkt sind gewiß beachtenswerth. Aber die Langeweile, mit der der Brackweder Fabrikant redet, schadet selbst der besten Sache, wenn er ausnahmsweise einmal eine solche vertreten soll.

Die Gegner des Antrages bestritten heute überhaupt die Kosten der Debatte. Unser Genosse Schumacher, Dr. Barth (fr. Bg. und Chn) von der Volkspartei wiesen an tausend Beispielen nach, daß die Absicht der Antragsteller, eine Erhöhung des Weizenpreises, nicht erreicht werden kann, daß aber durch ein Vorgehen im Sinne der Antragsteller unser Export auf das schwerste geschädigt würde.

Was dagegen von den Freunden des Antrages, den Abgeordneten Grafen Oriola und v. Arnim und den Antisemiten Hilpert und Werner vorgebracht wurde, erhob sich nicht über das flachste Niveau der Reden in den Versammlungen des Bauernbundes.

Den ablehnenden Standpunkt der Regierung vertrat sehr energisch der Herr Staatssekretär von Marschall. Die fortgesetzten Unterbrechungen dieses Redners durch die Hurrahgarde der Rechten darf wohl als Beweis dafür genommen werden, daß der Weizen der Agrarier, trotz v. Müller und dem Zickackurs, nicht in Blüthe steht. Die Rede des Herrn Staatssekretärs lautet so bestimmt, daß wir sie auch während der Zeit, wo Caprioli noch im Amte war und der russische Handelsvertrag auf der Tagesordnung stand, von dieser Seite nicht energischer und ablehnender gehört haben.

Daß trotz dieser Haltung der Regierung und obwohl nicht der leiseste Zweifel besteht, daß der Antrag, wenn er zur Abstimmung käme, mit erdrückender Mehrheit abgelehnt würde, derselbe in namentlicher Abstimmung doch mit 146 gegen 78 Stimmen an eine Kommission verwiesen wurde, ist nur der Zauderpolitik des Zentrums zu verdanken. Diese Partei will ihre Agrarier nicht vor den Kopf stoßen und deshalb soll eine vollständig spruchreife Frage erst noch in einer Kommission hin und her gezogen werden.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute die dritte Berathung des Staatshaushalts-Stats begonnen. Bei Erledigung der einzelnen Etats wurden aus dem Hause nur noch kleinere Ausstellungen und Monita vorgebracht. So brachte z. B. der freikonservative Abgeordnete v. Jellich die Mittheilungen des „Vorwärts“ über die Entlassungsangelegenheit des Herrn Persius zur Sprache. Der anwesende Minister des Innern, Herr von Kölller,

Es starb der Dieb Bantista Gili . . . es lebe unsere Republik Paraguay . . .

„Viva . . . Viva . . .“ rufen seine Genossen und eilen zu ihren Pferden. Allen glückte es, sie zu gewinnen, mit Ausnahme von Juan Dolores Molas, den ein Polizist ereilte, als er eben seinen Fuß in den Bügel setzte und ihm mit seinem Seitengewehr über den Kopf hieb. Micanor Godoy, der dieses sah, als er schon auf seinem Pferde saß, sprengte sofort auf ihn zu:

„Du sollst nicht unter ihnen sterben, Freund“, ritt im Galopp den Polizisten über den Haufen, ergriff den Bewußtlosen und blutüberströmten Molas, legte ihn vor sich über den Sattel und raste dann mit verhängten Jägeln seinen Freunden nach, die, nach der Eisenbahn zu eilen, um von dort ins Freie zu gelangen. Bald erreichte er sie auch. Im rasenden Lauf stürzte der junge Goiburu auf den Eisenbahnschienen mit seinem Pferde aber brach sich dabei den rechten Arm. Das hinderte ihn aber nicht, sich wieder aufzuraffen und, mit dem linken Arm seinen Jäger führend, jagte er mit der wilden Jagd weiter über Gräben, Hecken und Bäume nach dem Campo Grande hinaus.

So war die That gelungen. Ein Karren brachte nach einiger Zeit die Leiche des Präsidenten in das Haus der Witwe, und fast zur selben Zeit langte dort auch der General an, um sie zu trösten.

„Das sind Sie gewesen, General . . .“ fragte sie auf einmal, als sie mit ihm vor dem Ermordeten stand. Der General antwortete nicht, und sie ließ ihre Augen prüfend auf seinem Gesichte ruhen.

„Schweigen Sie, Concepcion“, jagte er dann leise, und laut wandte er sich dann an einen Diener:

„Sie eilen sofort nach der Polizei, um nachzusehen, ob man auf der Verfolgung der Mörder begriffen ist . . .“

Diese hatten unterdessen das freie Feld gewonnen. Molas war zu sich gekommen, man hatte ihm nothdürftig seine Wunde verbunden und er sah bleich und zitternd auf dem Sattel von Micanor. Viele Worte wurden zwischen den Freunden nicht gewechselt. Das verbot schon die Eile, mit der die Pferde liefen.

Man hatte eben die weite Fläche des Campo Grande erreicht, als Juan Negunega, der an der Spitze ritt, plötzlich rasch sein Pferd parierte und „halt“ rief.

(Fortsetzung folgt.)

ging jedoch auf dieses heikle Thema nicht weiter ein und lenkte das Gespräch auf einen anderen Gegenstand. Er sprach von den öffentlichen Tanzlustbarkeiten und beklagte es, daß von den jungen Burken und Mädchen, namentlich aus dem Lande, so viel Geld bei den Tanzergötzlichungen ausgegeben werde. Daß die Knechte und Mägde nichts weiter von ihrem Leben haben, als Mühe und Arbeit, largen Lohn, langes Essen, schlechte Behandlung und den Pferde- stall oder ähnliche Räume zur Wohnung; und daß das Tanzergötzlich am Sonntag Abend das einzige ist, was sie einmal über die Misere ihres traurigen Lebens hinaushebt oder doch zu heben scheint, davon jagte der Herr Minister kein Wort. — Fortsetzung der Debatte ist Freitag.

Bundesrath. In der heutigen Plenarsitzung des Bundesrathes wurden die Mittheilungen des Präsidenten des Reichstages über den vom Reichstag angenommenen Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des § 2 des Gesetzes, betreffend die Verwaltung des Kaiser-Postwesens vom 4. Juli 1879 und die Mittheilung des Präsidenten des Reichstages über den vom Reichstage angenommenen Gesetzentwurf wegen Aufhebung der dem Statthalter von Elsaß-Lothringen übertragenen außerordentlichen Gewalt den zuständigen Ausschüssen überweisen.

Die Nachwahl für den 1. hessischen Wahlkreis (Rinteln-Hofgeismar) ist von der Regierung auf den 28. April ex. angesetzt worden.

Konfiszirt! Heute Nachmittag wurden wir wieder einmal mit einem polizeilichen Besuche beehrt. Anstos hatte bei der hohen Staatsanwaltschaft der Leitartikel unserer Mittwochs-Nummer, „Der Militarismus“, erregt, und aufgrund des § 131 des Strafgesetzbuchs wurden in unserer Expedition ca. 500 Exemplare des „Vorwärts“ konfiszirt.

Natürlich sind die Voraussetzungen des § 131 in dem Artikel auch nicht im Entferntesten gegeben. Aber man sieht, es geht auch ohne Umsturzesgesetz sehr gut.

Die ungestürzte Umsturzkommision. Wie hat eine Kommission so viel Pech gehabt als die Umsturzkommision. Eine wahre Pechkommission. Nicht genug, daß sie durch die bekannten Duell- und sonstigen Anträge der Bächerlichkeit preisgegeben worden ist, hat sie auch persönliches Pech, in der Person ihrer zwei Hauptbahnen und Vorsitzenden. Nachdem nämlich der zweite Vorsitzende der Umsturzkommision und intellektuelle Urheber des Umsturzesgesetzes, Frhr. v. Stumm, infolge flagrant ungesetzlichen Handelns zum Kranke werden und zum Austritte aus der Kommission gezwungen worden war, hat heute der erste Vorsitzende es erleben müssen, daß die Wahlprüfungs-Kommision seine Wahl für ungültig, also ungesetzlich, erklärt hat. Ein ungesetzlich handelnder zweiter und ein ungesetzlich gewählter erster Präsident der Umsturzkommision — kann man sich eine besitzendere Fronte des Schicksals und eine unglücklichere Umsturzkommision denken?

Und „das Unglück ist eine Eigenschaft“ — sagte der alte Napoleon.

Die Regierung und die lex Heinke. Die Köllersche Korrespondenz schreibt:

Die Erklärung des Regierungskommissars Geheimen Oberregierungsrats Freiherrn v. Seckendorff zu dem die §§ 184 ff. des Strafgesetzbuchs betreffenden Antrage der Abgg. Spahn und Genossen in der gestrigen Berathung der Reichstags-Kommision über die sogenannte Umsturzvorange ist in mehreren Zeitungen im Hauptpunkte unrichtig wiedergegeben. Der Reichskommissar hat nicht gesagt, daß die verbündeten Regierungen die sog. lex Heinke demnach wieder einbringen werden. Er hat lediglich darauf hingewiesen, daß die Regierungen noch keinen Beschluß gefaßt hätten, die in einer Kommission des Reichstages durchberathene lex Heinke fallen zu lassen, die Angelegenheit vielmehr noch als schwebend zu betrachten sei. Es müsse deshalb die Frage aufgeworfen werden, ob es zweckmäßig sei, einen Punkt, der zu den durch die lex Heinke in Verbindung mit verwandten Gegenständen behandelten gehöre, einzeln herauszugreifen und mit der gegenwärtig in Berathung stehenden, zunächst doch andere Ziele verfolgenden Vorlage zu verknüpfen.

Von den verbündeten Regierungen ist bisher weder über die Wiedereinbringung der alten, noch über die einer neuen lex Heinke ein Beschluß gefaßt worden.

Die preussische Verfassung und die Umsturzvorange. Der Rechtsanwält Dr. Harmening hat in einem Aufsatz sehr treffend dargelegt, daß durch das Umsturzesgesetz gewisse Paragraphen der preussischen Verfassung einfach gebrochen werden würden — trotzdem der deutsche Kaiser, der das Gesetz unterzeichnen soll, doch auch zugleich König von Preußen ist, der als solcher die preussische Verfassung beschworen hat. Der Artikel 20 dieser Verfassung aber lautet:

„Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.“

In diesem Artikel sagt Bluntschli, der berühmte Staatsrechtslehrer:

„Die Wissenschaft ist nicht eine Thätigkeit und Offenbarung des Staates, sie ist die Frucht der Arbeiten, welche der unsterbliche Geist der Individuen von sich aus, getrieben von dem Durste nach Wahrheit und im Bewußtsein seiner Abstammung von Gott, der Quelle und Erfüllung aller Wahrheit, freien Rathes erntet. Dem Staate kann daher auf diesem Gebiete so wenig, als auf dem der Religion, Herrschaft zukommen. Der Staat hat keine Macht und kein Recht, den Inhalt der Wissenschaft zu bestimmen, noch die mancherlei Wege, auf denen der Geist der Individuen sich der Wahrheit zu nähern versucht, abzusperren. Freiheit der individuellen Wissenschaft ist somit ein göttliches Grundgesetz, das der Staat zu achten die Pflicht hat.“

Und Harmening bemerkt nun hierzu:

„Es ist ein verhängnisvoller Irrthum derer, die eine Beschränkung der freien Meinungsäußerung und der freien Wissenschaft und ihrer Lehre zwar nicht wollen, aber doch den Gesetzesvorschlagen nicht widersprechen, weil sie nur gegen die Ausschreitungen gerichtet seien, es ist ein verhängnisvoller Irrthum dieser Wohlgestimmten, daß sie den Geist der Vorlage hinter der Veranschaulichung mit Worten nicht errathen. Geist und Inhalt der Umsturzvorange ist, was Bluntschli so treffend verdammt, der Staatsgewalt die Macht und das Recht zur Bestimmung des Inhalts und der Wege der Wissenschaft einzuräumen, insbesondere einer Wissenschaft den Gehalt zu bereiten: der sozialistischen, speziell der sozialdemokratischen.“

Ich nenne die sozialdemokratische Lehre eine Wissenschaft. Und ist sie es etwa nicht? Hat nicht der eine Marx die nationale ökonomische Wissenschaft mehr ausgearbeitet, als das ganze Duzendprofessorenthum an den deutschen Universitäten? Die Strafbestimmungen des Entwurfs werden doch ausgesprochenenmaßen formulirt, um „freie“ Meinungsäußerungen, „freie“ Wissenschaft und „freie“ Lehre zu verhindern.“

Harmening kommt zu dem Schluss, daß, wenn die preussische Verfassungsurkunde respektirt werden solle, der Reichstag die Umsturzvorange ablehnen müsse.

Der agrarische Staatsrath. Der „Reichs-Anzeiger“ berichtet über die Staatsraths-Berhandlungen vom Dienstag und Mittwoch folgendes:

Die Verhandlungen des Staatsraths über den ersten Gegenstand der Tagesordnung: „Maßregeln zur Hebung des Getreidepreises“, wurden am vorgestrigen und gestrigen Tage fortgesetzt.

Es wurde beschlossen, die Abstimmung über die Vorschläge der Referenten bis zum Schluss der Verhandlungen auszuschieben, um durch eine besondere Kommission einen die verschiedenen in der Versammlung vertretenen Auffassungen möglichst berücksichtigenden Vorschlag vorbereiten zu können.

Zu betref des zweiten Gegenstandes der Tagesordnung wurden als „Maßregeln zur Hebung des Zuckerpreises“ die nachstehenden Anträge des Referenten angenommen:

1. Der außerordentlich niedrige Stand der Zuckerpreise auf dem Weltmarkt ist eine Folge der übermäßigen Erzeugung von Zucker, mit welcher die Vermehrung des Verbrauchs nicht Schritt halten konnte. Diese übermäßige Erzeugung ist veranlaßt zum theil durch große Ernten, zum theil aber durch eine große Erweiterung des Betriebes in den blühendsten erzeugenden Ländern. Eine Bekämpfung der Zuckerernte auf internationalem Gebiet erscheint aussichtslos. Eine Hebung des Weltmarktpreises für Zucker ist erst zu erwarten, wenn entweder durch kleine Ernten oder durch Einschränkung des Betriebes eine Verminderung der Produktion in Aussicht steht.

2. An der Mehrerzeugung von Zucker ist Deutschland hervorragend theilhaftig. Eine Hebung der Zuckerpreise in Deutschland ist — abgesehen von einer Besserung des Weltmarktpreises — nur möglich durch eine Erhöhung der Ausfuhrvergütung, für welche die Mittel durch eine Erhöhung der Verbrauchssteuer und zum theil vielleicht durch eine für die größeren Betriebe strigende Betriebsabgabe beschafft werden können. Wenn man sich für eine Erhöhung der Ausfuhrvergütung entscheidet, so ist es unumgänglich nothwendig, Bestimmungen zu treffen, durch welche die Produktion einigermassen beschränkt und eine schnelle und übermäßige Vermehrung derselben verhindert wird. Auch ist Vorzorge zu treffen, daß die Reichsfinanzen nicht über ein gewisses Maß hinaus in Anspruch genommen werden.“

Auch in betref der unter 1. der Tagesordnung aufgeführten „Maßregeln zur Hebung des Spirituspreises“ wurden nach längerer Debatte die folgenden Anträge der Referenten angenommen:

„Die Grundzüge einer zwar noch nicht im Wortlaut veröffentlichten Novelle zum Branntweinsteuer-Gesetz vom 24. Juni 1887:

1. Einführung einer fünfjährigen gegen die jetzt bestehende dreijährige Kontingenzperiode;
 2. Aufhebung des Zwangs, das zugetheilte Kontingent jährlich abzubrennen;
 3. Von fünf zu fünf Jahren eintretende Reduktion der höchsten Kontingente (über 150 000 Liter) um $\frac{1}{25}$, bis auf 150 000 Liter als Maximum;
 4. Beschränkung neuer Kontingentirung auf ein Maximum von 80 000 Liter;
 5. Abwehr der Gefahr, welche von einer gesteigerten Produktion an Melasse-Spiritibus für die landwirtschaftlichen Brennereien zu fürchten ist;
 6. Einführung einer besonderen Betriebssteuer, welche die kleineren Brennereien frei lassend, progressiv ansteigt, und deren Betrag lediglich im Interesse der Spiritusindustrie zur Hebung des Exports verwendet werden soll;
 7. Steuererhöhung für den Sommerbetrieb erscheint geeignet, durch Einschränkung der Produktion und Hebung des Ablasses in das Ausland, die Lage des Brennereiverwerbes zu verbessern.
- Mit Rücksicht auf die Gefahr, daß in den nächsten Monaten die Produktion von Melasse-Spiritibus enorm steigt, ist es erwünscht, daß das zu erwartende Gesetz womöglich mit dem 1. Juli d. J. in Kraft tritt.

Der Verkehr mit denaturirtem Spiritibus ist möglichst frei zu geben.“

Das Zentrum und der Antrag Kanik. Die Zentrumsfraction des Reichstages beschloß in ihrer gestrigen Fraktionsitzung einstimmig die Ablehnung des Antrages Kanik. Die Fraktion sprach sich ferner gegen das geplante Zusammengehen mit der wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages aus; dagegen bildete sich aus dem Schoße der Fraktion eine wirtschaftliche Abtheilung. Also auch diese Fraktionsitzung bestätigt wieder, daß die Zentrumsfraction in wirtschaftlichen Fragen durchaus verschiedene Interessentkreise einschließt. Wie wäre denn sonst die Bildung dieser wirtschaftlichen Abtheilung“ erklärlich, deren Mitglieder doch jedenfalls in wirtschaftlichen Dingen anders wollen, als die Gesamtheit der Fraktion.

Das Ober-Verwaltungsgericht und die Weber. Das Oberverwaltungsgericht hat demnach in einem dritten Fall über die Frage der Ausführung der „Weber“ zu entscheiden, deren Zulassung den Minister v. Kölller zu seiner Kritik im Abgeordnetenhaus veranlaßt. Auch dem Nationaltheater in Halle ist, nämlich von der Polizei die Ausführung der „Weber“ untersagt worden. Sollte der Oberpräsident, an den zunächst die Beschwerde gegangen ist, das Verbot aufrecht erhalten, so soll hiergegen die Klage erhoben werden.

Arbeiter als Erfinder. Unsere Bemerkungen in dem Leitartikel vom vorigen Sonntag, daß uns England und Amerika in technischen Dingen u. a. auch um bezwillen so sehr überlegen sind, weil dort die Erfinder besser bezahlt werden, veranlaßt die „Nationalliberale Korrespondenz“ zu folgendem Weisheitspruch:

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß das sozialdemokratische Blatt mit diesem Urtheile ungebührlich übertriebt und den „laufenden Dingen“, in denen die Technik der Engländer und Amerikaner den Deutschen überlegen ist, sehr viele andere — gezählt haben wir sie allerdings nicht — gegenüberstellen, bei denen das umgekehrte der Fall ist. In vielen technischen Zweigen ist Deutschland der trotz aller Bemühungen unerreichte Lehrer der anderen Völker. Indessen die Verkleinerung des eigenen Landes, verbunden mit einem leisen Versuch zur Denunziation, wie er sich in der angeführten Anklage des „Vorwärts“ findet, ist man von der deutschen Sozialdemokratie gewohnt. Neu hingegen ist es, an jener Stelle einer so vernichtenden Beurtheilung des Zukunftsstaates zu begegnen. In diesem sollen ja hervorragende Leistungen nicht nur nicht ohne weiteres und anständig, sondern überhaupt nicht bezahlt werden, und da der „Vorwärts“ in der Hoffnung auf materiellen Erfolg den Antriebe zu ungezügelter Leistungen erblid, so räumt er durch seine nächste Schlussfolgerung ein, was andere nie bezweifelt haben, daß nämlich der Zukunftsstaat, die sozialistische „Gesellschaft“ das Ende eines jeden menschlichen Fortschritts wäre.

Der „Fortschritt“ dieser nationalliberalen Korrespondenz und Intelligenz besteht also darin, daß die Erfinder, überhaupt die Talente, verkommen und verhungern — was im Gegenwärtigen so freilich in neunundneunzig Fällen von Hundert geschieht.

Nur schreien! Die Junker haben so lang „geschrien“, bis der Staatsrath zusammenberufen wird, um Mittel zur Abhilfe ihres „Nothstands“ zu entdecken. Sehr schön. Wo Nothstand ist oder behauptet wird, soll der Staat sich darum kümmern. Aber was dem einen recht, ist dem andern billig. Nothstand ist überall. Nothstand ist unter den Arbeitern, Nothstand ist unter den Handwerkern, Nothstand ist unter den Klein-gewerbetreibenden — und hundertmal ärgerer Nothstand als unter den Herren Junkern. Also nur nicht jagst, Ihr Arbeiter, Handwerker und Klein-gewerbetreibenden! „Schreit“, wie die Junker „geschrien“ haben, und „schreit“ noch tausendmal so laut, denn Ihr seid tausendmal zahlreicher und habt tausendmal mehr zu leiden

als diese vom Staat verzogenen Mutterföhnen, deren Nothstand" sehr häufig nur darin besteht, daß der Staat ihnen zwar viel, viel, aber nicht alles giebt, was er zu geben hat. Schreit! Schreit! Schreit! Stellt Anträge genau nach dem Formular des Kanitzschen und fordert von dem Staat, daß er den Preis seiner Arbeit und seiner Waaren so hoch hebe, daß ihr menschenwürdig leben könnt! Fordert — und dabei braucht Ihr nur die Motive des Kanitzschen Antrages abzusprechen — fordert von dem Staat dieselbe Fürsorge, wie die Junker sie fordern, und auf die Ihr tausendmal mehr Anspruch habt, als die Herren Junker.

Hier ist eine prächtige Gelegenheit für unsere Junstapopel. Warum findet sich unter ihnen kein Kanitz. Wo ist der Kanitz der Schuster? der Kanitz der Handschuhmacher? der Kanitz der Kesselflicker? In jedem Geschäftszweige sinken die Preise — jedem Geschäftszweig ist „Staatshilfe“ nöthig! Also Kanitze herans! Kanitze und nichts als Kanitze! Kanitze in allen Gassen! — Und noch einmal, und noch einmal: Kanitze heraus! —

Gegen die bimetalistischen Pläne erklärte sich die Hamburger Handelskammer, sie sprach in einer Resolution aus, daß sie gegen jede Erschütterung der Grundlagen der deutschen Goldwährung sei und äußerte die Hoffnung auf Zurückweisung der bimetalistischen Bestrebungen.

Gegen die Tabaksteuer faßte eine Versammlung von Tabakinteressenten in Frankfurt a. M. folgende Resolution:

Die am 10. März 1895 in Frankfurt a. M. tagende, fast bejuchte Tabakinteressenten-Versammlung, welche sich aus Fabrikanten aller Zweige des Tabakgewerbes, sowie der Distillirer desselben und aus Händlern mit Zigarren und sonstigen Tabakfabrikaten aus der Rheinprovinz, der Provinz Hessen-Nassau und dem Großherzogthum Hessen zusammensetzt, erklärt auf Grund ihrer Erfahrungen und Sachkenntnis, sowie nach eingehender Prüfung des dem Reichstag vorliegenden Entwurfs eines Tabaksteuer-Gesetzes:

1. Die Erhöhung der Reichseinnahmen aus dem Tabak vom Jahre 1879 hatte einen wesentlichen Rückgang des Tabakverbrauchs zur Folge, welcher zum Theil heute noch nicht ausgeglichen ist. 2. Die jetzt geforderte, weitere erhebliche Vermehrung der auf dem Tabak ruhenden Belastung, welche eine Steigerung der Einnahmen des Reiches aus dem Tabak um ca. 66% pEt. des jetzigen Tabakzoll- und Steuerertrages bedeutet, wird gleichfalls einen entsprechenden und zwar gegen 1879 wesentlich größeren Rückgang des Tabakverbrauchs zur Folge haben und deshalb die Entlassung vieler tausende von Arbeitsträften und Lohnarbeit für die Verbleibenden unausbleiblich machen. 3. Die Erhebung der Tabaksteuer vom Fabrikanten vor Uebergang der Fabrikate in den Handel wird eine Vermehrung der Betriebskapitalien für die Unternehmer erforderlich machen und dadurch zum Ruin der wirtschaftlich-Schwachen unter denselben führen; in gleicher Weise wird die Steuer auf den Handel mit Zigarren und anderen Tabakfabrikaten wirken und auch hier zahlreiche bis dahin selbständige wirtschaftliche Existenzen vernichten. 4. Die zur Sicherung des Steuereinganges erforderlichen Kontrollmaßregeln, welche sich in der vorgeschlagenen Form zum Theil als unhaltbar und auch zum Theil als undurchführbar erweisen werden, schlagen das bis dahin in der Fabrikation freie Tabakgewerbe in einengende, erschwere und auf die Dauer die Kleinbetriebe vernichtende Fesseln und eben in Zusammenwirken mit den unter Ziffer 3 angeführten Folgen dem Tabakmonopol die Bahn. Von diesen Erwägungen ausgehend und angesichts der Thatsache, daß die andauernde Verunruhigung des Tabakgewerbes und die Unsicherheit darüber, was die Zukunft bringen wird, schon jetzt eine vollständige Störung im Absatz verursacht haben und deshalb bereits heute umfassende Arbeiterentlassungen und Arbeitseinschränkungen nicht mehr zu vermeiden sind, richtet die Versammlung an den hohen Reichstag in aller Ergebenheit die Bitte, derselbe wolle jede weitere Belastung des Tabaks und die Einführung des Systems der Fabrikat-Verthsteuer ablehnen, sowie die Entscheidung in diesem Sinne mit thunlichster Beschleunigung herbeiführen. —

Württembergischer Landtag. Die erste Lesung des Gesetzes, betr. die allgemeine Fortbildungsschule, sowie sonstige Bestimmungen über die Volksschule fand am Dienstag, die zweite Lesung am Mittwoch statt und wurde das aus 19 Artikeln bestehende Gesetz mit 78 Stimmen angenommen. Hieran wird das Verlagsrecht verlesen. — In der gemeinschaftlichen Sitzung beider Kammern wurde am Mittwoch die Wahl des ständigen Ausschusses vorgenommen. —

Die sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten Württembergs werden in den letzten Tagen in der national-liberalen und demokratischen Presse Württembergs wegen ihrer Thätigkeit im Landtag in verleumderischer und schmutziger Weise angegriffen. Es ist ja leicht begreiflich, daß es den Herren Bourgeois nicht behagt, wenn sie in ihrer Ruhe gestört werden oder wenn die Arbeiterinteressen im Parlament richtig vertreten werden, aber zu gefährlichen persönlichen Angriffen haben die Arbeitervertreter keinen Anlaß gegeben. Wenn nun aber gar die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: „Die Herren Klotz und Glaser sind in der Stichwahl von der Volkspartei ausdrücklich als die zuverlässigsten Freunde der Verfassungsreform gewählt worden, sie haben also das in sie gesetzte Vertrauen getrauscht; der kümmerliche Pfaffenputz, mit dem sie ihr Klein ausstatten, entschädigt für diese Täuschung nicht.“ so ist es unbegreiflich, wie dieselbe zu solchem Urtheil kommt; denn Brasen zu machen überlassen die Arbeitervertreter in allen Parlamenten den anderen Parteien. Die Genossen Klotz und Glaser haben bei der Abstimmung während der Verhandlung der Adressdebatte, welche von der „Frl. Ztg.“ kritisiert wird, trotzdem sie mit den Privilegirten mit „Nein“ stimmten, vollständig korrekt gehandelt.

Genosse Klotz erklärte ausdrücklich, daß die sozialdemokratische Partei in ihrem Programm nicht nur Entzerrung der Privilegirten aus der zweiten Kammer, sondern auch Abschaffung der ersten Kammer fordere. Der unstrittene Satz in der Adresse lautet:

„Als geeignete Grundlage erachten wir für die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses eine Ausbebung der Vorrechte der Geburt und des Amtes und einen Ersatz der hierdurch ausgeschiedenen Mitglieder durch Abgeordnete, welche in größeren Kreisen durch das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Stimmrecht gewählt würden.“

Wäre über den ersten Theil des Abzuges abgestimmt worden, so hätten die sozialistischen Vertreter, wie sie ja erklärten, dafür gestimmt, aber für die Wahlen in größeren Kreisen konnten sie sich nicht begeistern. Wenn nun aber auch die Privilegirten die Ritter gegen diesen Abzug stimmten, so erklärt sich dies daraus, weil dieselben selbstverständlich befürchten mußten, ihre Privilegien zu verlieren, während den Sozialdemokraten der Entwurf nicht weit genug ging. Da aber auch Parteigenossen, jedenfalls durch die gegnerischen Zeitungen irre geführt, sich diese Abstimmung nicht erklären konnten, so ist eine Verlegung dieses Falles notwendig. Wenn aber die „Frl. Ztg.“ sich der Hoffnung hingibt, daß die Sozialdemokraten auf Kommando der Volkspartei abstimmen, so wird sie noch oft in ihrem „Vertrauen getäuscht“ werden.

Zur österreichischen Wahlreform. Im Abgeordnetenhaus brachte der keiner Fraktion angehörige, auf

starr konservativem Standpunkte stehende frühere Oberstaatsanwalt und Abgeordnete Dienbacher einen Antrag ein, den Wahlschuss auf einen Gulden (1,70 M.) herabzusetzen. Der Antrag fand genügende Unterstützung. —

Amnestie in Italien. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht den Wortlaut des heute von dem Könige unterzeichneten Amnestie-Erlasses; der Erlass erstreckt sich auch auf den französischen Kapitan Romani.

Die römischen Tagesblätter theilten gestern mit, daß der Amnestieerlass sich auf die von den Kriegsgerichten in Sizilien und Massa Carrara ausgesprochenen Verurtheilungen erstreckt. Amnestirt würden danach die zu weniger als drei Jahre Gefängniß Verurtheilten, die anderen Strafen sollen auf ein Dritteltheil ermäßigt werden. Auch Preshvergehen und Zuwiderhandlungen gegen das Wahlgesetz würden unter die Amnestie fallen. Nach der „Opinione“ würde das Dekret auch die Aufhebung der Strafverfolgung wegen einzelner Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates in sich schließen.

Sobald uns italienische Blätter vom heutigen Tage vorliegen werden, kommen wir auf die italienische Amnestie zurück. Heute darüber etwas zu schreiben, wäre müßig, da den offiziellen Meldungen aus Italien ein besonderes Mißtrauen entgegenzubringen ist. —

Italienische Miswirthschaft. Aus Mailand wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Die ministerielle Kommission zur Untersuchung der Unterführungs- und Pensionenklassen der Eisenbahnbeamten Italiens beendigte ihre Arbeiten und nahm den Schlußbericht an, welcher die Ertrags eines Defizits von hundert Millionen konstatirt. Der Eisenbahnminister Saracco wird vor Ende März eine königliche Kommission ernennen, welche über die Mittel zur Deckung des Defizits berathen soll. —

Ein schreiender Fall von Verfolgungssucht gegen die Sozialisten Italiens und zugleich von brutaler Gesetzlosigkeit Crispi's und seiner Henker beginnt in den Zeitungen von sich reden zu machen. In Guastalla, in der Provinz Emilia, dem Wahlorte des Abg. Brampolini, — schon deshalb dem Diktator in den Tod verhaftet — wirkte an der Volksschule und Mittelschule der Lehrer Enrico Salsi, angesehen bei allen Bewohnern und besonders geliebt von seinen Schülern und deren Eltern. Durch Vorträge Brampolini's für den Sozialismus gewonnen, hatte er sich in die Liste der Partei von Guastalla als Mitglied einschreiben lassen; öffentliche Agitationsreden hat er nie gehalten. Nach Einrichtung der Kommission für den Zwangswohnsitz in Reggio war er vor sechs Wochen zugleich mit einem Freunde, dem Geschäftsbeamten Perretti, nach Reggio vorgeladen worden unter der „Anschuldigung“ die gegenwärtige bestehende soziale Ordnung zu verändern („di mutare gli attuali ordinamenti sociali“). Aber selbst die Kommission in Reggio fand die Anklage, die durch Denunziation direkt aus Rom gekommen war, zu absurd und sprach die beiden frei. Inzwischen hat Crispi eine sogenannte Revisionskammer für die Urtheile sämtlicher provinziellen Zwangswohnsitz-Kommissionen in Rom selbst eingerichtet — man nennt sie bereits die geheime Inquisitionskammer — natürlich ohne jede Gesetzesunterlage; denn der berüchtigte § 5 des Schandgesetzes spricht nur von den Zwangswohnsitz-Kommissionen in den Provinzen. Diese Geheimjustiz Crispi's hat das freisprechende Urtheil von Reggio verworfen und die beiden Angeklagten zu je zwei Jahren Zwangswohnsitz in der verschärfsten Form verurtheilt, nämlich zur Zwangsarbeit in der berüchtigten Mördergrube Porto Ercole, dessen Direktor — eine ausgesuchte Kreatur Crispi's, man denke, er ist ein Senator — soeben wegen grausamer Behandlung der Gefangenen hat abgesetzt werden müssen. Porto Ercole ist der Ort, wo in der ersten blinden Angst und Wuth nach dem Attentat Caserio's aus allen Provinzen viele Hunderte von Land- und Stadtarbeitern als Anarchisten aufgegriffen und internirt wurden, und von dort werden Nachrichten gemeldet, die lebendig an die russischen Gefängnisse erinnern. Kurz und gut, auf telegraphische Weisung aus Rom wurde in Guastalla der Lehrer Salsi und der Beamte Perretti letzten Mittwoch, den 6. März, nachts durch Karabinier aus den Betten geholt, von ihren jammernden Frauen und Kindern gerissen und thatsächlich nach Porto Ercole abgeführt. Am Bahnhofe wurden ihnen Handschellen und Ketten angelegt. Brampolini, der im Norden weilte, will nach Rom gehen, um zur Ausdeutung dieser neuesten Justizschandthat Crispi's und zur Befreiung der Willkürpöter zu wirken. —

Gleichfalls in der Provinz Emilia, in dem Orte Baganzola, ist soeben ein einundsechzigjähriger Greis, Francesco Cortesi mit Namen, einer von den berühmten Tausend, die mit Garibaldi zusammen den Zug nach Marfala mitmachten, wegen Teilnahme an sozialistischer Bewegung zu neun Monaten einfachem Zwangswohnsitz verurtheilt worden. Er schreibt in einem Briefe an die „Giustizia“ in Reggio Emilia: Ich erinnere mich noch, wie vor 36 Jahren die Kroaten uns gequält und verfolgt haben, aber heute sind es nicht mehr die Fremden, heute werden wir gemartert von Italienern, von den Sbirren des Renegaten Crispi im Namen des Königs Umberto von Savoyen. —

Zum japanisch-chinesischen Krieg wird heute aus New-York berichtet, der „New-York Herald“ melde aus Shanghai, ein japanisches Geschwader aus 16 Kriegsschiffen, darunter einigen Kreuzern bestehend, sei jenseits der Nordspitze von Formosa bemerkt worden; das Geschwader kreuze in der Nähe von Kelung und Tamsui, welche Punkte augenscheinlich zuerst angegriffen werden sollen. Die Garnison daselbst beläuft sich auf 30 000 Mann. —

Zum Aufstand auf Cuba liegt heute die folgende mit der üblichen Vorsicht anzunehmende Nachricht vor: Madrid, 14. März. Letzten Nachrichten aus Cuba zufolge sind die Unterhandlungen mit den früheren acht Insurgentenführern, welche sich angeboten hatten, eine Vermittelung zwischen dem Generalgouverneur und den Insurgenten herbeizuführen, zum Abschluß gelangt. Die Insurgentenführer sind nach der Provinz St. Jago abgereist und man hofft nun, daß die Einstellung der Feindseligkeiten gesichert ist. —

Parteinachrichten.

Von der Wahlbewegung. Unsere Partei ist im Kreise Schmalkalden äußerst rührig an der Arbeit, um am 18. d. M. den Sieg an ihre Fahne zu heften. Außer der Verbreitung von zwei Flugblättern haben auch schon eine ganze Reihe von Versammlungen stattgefunden. Während unser Kandidat in voriger Woche in kleineren Versammlungen zu Seligenthal, Asbach und Haindorf sprach, fand am Sonnabend eine Versammlung in Schmalkalden statt, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Sonntag fanden zwei Versammlungen statt in Brottorode und Klein-Schmalkalden, welche beide so stark besucht waren, wie noch nie eine Versammlung zuvor. In allen diesen Versammlungen sprachen der Genosse Frankfurt-Berlin, sowie der Kandidat Hahn. Im Laufe dieser Woche werden noch eine Reihe von Versammlungen stattfinden, u. a. am Sonntag Nachmittag in Steinbach-Hallenberg und abends in Ober-Schönau, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Bod aus Gotha referiren wird. Auch der Genosse Th. v. Wächter wird sich noch an der Agitation betheiligen.

Reichstagskandidatur. In einer Vertrauensmännerkunft in Weimar wurde der Genosse Wandert aus Apolda zum Kandidaten der sozialdemokratischen Partei für den 1. wormalischen Wahlkreis ernannt. Als Sitz des Zentral-Wahlkomitees

ist Apolda bestimmt worden. Die Konstituierung des Komitees ist den dortigen Genossen übertragen.

Bei der Wahl eines Gemeindevertreters in Gaarden siegte der sozialdemokratische Kandidat mit 102 Stimmen Majorität.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Offenbach-Dieburg halten am 17. März in Seligenstadt eine Kreis-Konferenz ab. Als vorläufige Tagesordnung ist vorgegeben: 1. Bericht und Abrechnung des Vertrauensmannes. 2. Bericht und Abrechnung des Kreisvorstandes. 3. Die Gewerkschaften und die Stellung der Parteigenossen des Wahlkreises Offenbach-Dieburg zu denselben. 4. Wahl des Vertrauensmannes und des Kreisvorstandes.

Zur Beilegung des Boykotts in Braunschweig werden die Verhandlungen zwischen Boykottkommission und Brauereibesitzer fortgesetzt.

Aus dem Reichstags-Wahlkreise Syd-Oletho-Johannisburg geht uns eine weitere Zuschrift zu, die wir zur Ergänzung der von uns in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ zum Abdruck gebrachten Korrespondenz nachstehend im Auszug wiedergeben.

Unser Gewährsmann schreibt: Das Resultat der Wahl in unserem Kreise dürfte zur Genüge bekannt sein. Die Stimmenzahl für unsere Partei hat sich mehr als verdoppelt, es stehen den früheren 630 Stimmen in der jetzt erfolgten Wahl 1473 Stimmen gegenüber. Dieses Resultat haben wir erzielt in einem Wahlkreis, den man wohl zu den sichersten Domänen unserer „Nothleidenden“ rechnen kann.

Aber erst wenn man den Wahlkreis kennt, kann man sich einen richtigen Begriff von unserem Erfolg machen. Der Wahlkreis ist ein aus den drei Landrathskreisen Syd, Johannsburg und Oletho zusammengefügter riesig großer, aber furchtbar über Landstreck, welcher sich an der russisch-polnischen Grenze hinzieht. Die Bewohner, ja selbst die kleinen Besitzer leben in größter Armut und fast ungläublicher Dummheit.

Die Besitzer dort sind entweder sehr reiche Latifundienbesitzer, oder es sind vollständig verschuldete Leute, die nur mit der größten Mühe sich über Wasser halten können, ihr Land nie mehr richtig in Kultur bekommen und durch diesen Raubbau immer tiefer sinken. Diese kleineren Besitzer sind ganz froh, wenn sie nur auf irgend eine Weise von der Scholle loskommen und nach Westen ziehen können. Und man findet nicht selten vollständig verlassene, öd und leer daliegende Gehöfte.

Das nun das Loos der Landarbeiter als solche hier nur eine Kette von Noth, Elend, Entbehrungen und Leiden ist, unterliegt wohl keinem Zweifel. Wir fanden bei der Flugblätterverbreitung geradezu grauenhafte Zustände in den einzelnen Dörfern vor. 10—12 Personen in einer kleinen rauchigen Stube, theilweise auf dem kalten Lehmboden zwischen den Handstieren kauend und mit denselben aus einem Gefäß essend — das waren Bilder denen wir begegneten; dieses waren aber schon Leute, die ihr kleines Besitztum hatten, um wie viel elender hausten die Instleute und Scharwerker auf den Gütern.

Wer sich von diesen Leuten noch aus der Misere erheben kann, dessen einzige Hoffnung ist der Westen, daher auch der Mangel an Arbeitern im Osten und die Konkurrenz dieser Bedürfnislosen den westlichen Arbeitern gegenüber.

Das nun aber trotz dieser Zustände für unsere Partei etwas zu machen ist, zeigt das Resultat. Aus den drei Städten, die zu diesem Kreise gehören, die übrigens außer Lud auch nicht größer wie Dörfer sind, haben wir nicht einmal die Hälfte der Stimmenzahl erhalten, der größere Theil der Stimmen für uns ist auf dem Lande abgegeben. Und das trotzdem die Konservativen, die früher nie dort eine Wahlagitration entfaltet haben, nachdem wir dort gewesen waren, wie die Tollen gewirksam sind. Alles ist auf den Beinen gewesen, um die Flugblätter und Stimmzettel wieder abzuholen.

Gätten uns nur mehr Mittel zur Verfügung gestanden und wäre nicht die Jahreszeit eine so ungünstige, das Resultat wäre noch ganz anders ausgefallen, denn eine Wahlagitration in solch einem ausgedehnten Wahlkreis bei ca. 20 Grad Kälte und anderhalb Meter Schnee ist keine Kleinigkeit und kostet auch Geld. Ja, wir konnten nicht einmal am Wahltage mit tüchtigen Genossen die hauptsächlichsten Wahllokale besetzen, denn der Wahlkreis ist immer so ca. 30—40 Meilen von Königsberg entfernt.

Welch reizendes Bild von dem im Osten herrschenden Kulturzustand und wie erklärlich wird das Drängen der dortigen Bevölkerung nach Westen, wo ihnen auch die schlechteste Lage noch als ein willkommener Tausch erscheint. Die Korrespondenz in Verbindung mit der vom letzten Sonntag, sie lehren uns aber ferner auch, daß der „antifolkloristische Bauernschadel“ nur noch ein Märchen ist, daß, wenn die Besitzverhältnisse auf dem Lande sich so weiter entwickeln, auch dem Bauer der Kollektivismus als die einzige Rettung erscheinen wird.

Der sozialdemokratische Verein Stuttgart kann auf eine rege Thätigkeit zurückblicken. Nach dem in der letzten Generalversammlung erstatteten Bericht fanden im laufenden Geschäftsjahr 7 Parteiversammlungen, 108 Bezirksvereins-Versammlungen, 60 Wählerversammlungen u. s. v. statt, im ganzen waren es 218 Versammlungen. Die Mitgliedschaft zählt zur Zeit 1467 Genossen. Während der Landtagswahl betheiligten sich die Genossen eifrig an den Flugblattvertheilungen sowie an der sonstigen Agitation.

Todestricke der Partei. In Mainz ist der Parteigenosse Georg Fuchs gestorben. In früheren Jahren war derselbe im Interesse der Partei sehr thätig, trat aber etwas in den Hintergrund, als das Sozialistengesetz und seine Folgen ihre Wirkung ausübten. Gestern fand die Beerdigung statt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Redakteur Schneckberger vom Hallenser Parteiblatt wurde wegen Beleidigung des Geheimraths Leuschner durch einen Leitartikel zu 100 M. Geldstrafe event. 25 Tagen Haft verurtheilt.

Der Versuch, in Breslau einen Arbeiterverein zu gründen, ist zum zweiten Male durch die Polizei verhindert worden. Das erste Mal waren bekanntlich die zu einer Vorbereitungsversammlung „aufgelöst“ worden, am 12. d. M. wurde die Gründung des konstituierenden Versammlung verhindert. — Die Gründung des Vereins wird nun einfach auf anderem Wege zu stande kommen.

Soziale Uebersicht.

Ein städtisches Arbeitsamt wird am 1. April auch in Ravensburg errichtet werden. In dem Statut wurden u. a. noch die Aufgaben des Amtes festgesetzt: 1. Die Errichtung des städtischen Arbeitsamtes in allen Wirthschaften und an öffentlichen Plätzen durch Plakate zu veröffentlichen; 2. die Arbeitsvermittlung auch mittels Telephons für ganz Württemberg zu bewerkstelligen; 3. an zuständiger Stelle dafür einzukommen, daß die Geschäftsfunden des Alters- und Invaliden-Versicherungsamtes mit denen der Arbeitsvermittlung verbunden werden. Württemberg geht allen deutschen Staaten in der Errichtung städtischer Arbeitsnachweise voran.

Ein städtisches Arbeitsamt für männliche und weibliche Arbeiter und Diensthoten ist am 1. März in Ulm ins Leben getreten. Auch ein Mädchenheim, das vom Lande herbeigekommenen Dienstmädchen Unterkunft gewährt, bis sie eine Stelle gefunden haben, ist eröffnet worden.

Gewerkchaftliches.

Achtung, Glaschandschuhmacher! Die Differenzen in der Fabrik des Herrn Waldemar Samter, Giffersstr. 5, sind dahin erledigt, daß Herr Samter die Forderungen anerkannt und bewilligt hat.

Achtung, Metallschleifer! Wie uns mitgeteilt wird, sucht Herr Hönike durch seinen Sozjus Herrn Gustav Winter Arbeiter für seinen Betrieb einzustellen. Da über genannte Firma die Sperre verhängt ist, werden die Metallschleifer ganz besonders auf diese Vorgänge aufmerksam gemacht und erlucht, den Zugang fern zu halten.

An die Maschinen- und Heizer in Deutschland! Die überaus traurige Lage unserer Kollegen in den Dampfbetrieben hat uns demogen, unsere Berufsgenossen aufzufordern, sich dem Deutschen Maschinen- und Heizerverband anzuschließen. In den Orten, wo die Gründung von Vereinen nicht thunlich ist, können die Kollegen direkt und einzeln dem Verbande beitreten. Bedenkt, Kollegen, daß Ihr vereint ein Machtfaktor seid, mit dem gerechnet werden muß.

Lange, mit der größten körperlichen Anstrengung verbundene Arbeitszeit und winzige Löhne sind in den Betrieben gang und gäbe. Neben der Wartung von Dampfessel und Maschine giebt es kaum eine Nebenarbeit, welche nicht dem Heizer resp. Maschinisten zugemutet wird. Trotzdem sagt die Betriebsvorschrift, der Heizer soll seinen Posten nicht verlassen und gleich dem Kapitän eines Schiffes bei etwaigen Katastrophen ausfahren, um Maßnahmen zu treffen, welche die Folgen möglichst abwenden. Dieser schweren Anforderung gegenüber sind die Löhne trotz der langen Arbeitszeit kaum ausreichend zum Leben für uns und unsere Familien. Darum Kollegen, geht an Euch die Mahnung, organisiert Euch, und schließt Euch dem Deutschen Maschinen- und Heizerverband an, der am 14. und 15. April d. J. (1. und 2. Osterfeiertag) zu Hamburg seinen 3. Verbandstag abhält. Auskunft ertheilt jederzeit K. Kirschnick, Berlin, SO. Päcklerstr. 3.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Streik der Steinwühlknopf-Drehler in Schmölln dauert fort. Von 18 Fabrikanten sind 14 vom Ausstand ergriffen, die Zahl der Ausständigen beträgt 900. Die Stimmung unter den letzteren ist sehr ruhig; man hat es trotzdem für nöthig gefunden, das Gendarmenkorps zu verstärken. Am 7. März hat eine Verhandlung zwischen dem herzoglichen Fabrikinspektor und den vereinigten Knopfwerkstätten stattgefunden, die aber aus Ursache hartnäckigen Fest- und Zusammenhaltens seitens der Fabrikanten resultatlos verliefen ist. Am Sonntag hat eine Versammlung stattgefunden, bei welcher Krüger-Dresden als Referent auftrat. Bürgermeister Kroll-Schmölln mahnte zur Beilegung und meinte, daß zur gütigen Beilegung des ganzen Streikes ein gut Theil beigetragen würde, wenn die jüngere Arbeiterchaft sich in der Fremde Arbeit suchen und auf diese Art ein Theil des hier bestehenden Druckes geboben würde. Die Versammlung nahm ihren Anfang um halb 4 Uhr und war 1/8 Uhr beendet, ohne daß eine Resolution gefaßt wurde.

Grubenarbeiter-Ausstand. In Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen war auf der Grube „Zentrum“ ein Ausstand ausgebrochen, der, wie das Kreisblatt mittheilt, nach nur dreitägiger Dauer beendet worden ist. Solche Arbeiter, welche die Arbeit nicht wieder aufnehmen wollten, sind von der Verwaltung entlassen worden. Der Ausstand soll dadurch entstanden sein, daß die Arbeiter sich durch die Einführung einer neuen Förderungsleite geschädigt glaubten.

Die Arbeiter der Diamantschleiferei zu St. Johann haben ebenfalls, wie ihre Kollegen im benachbarten J. dar die Arbeit niedergelegt. Auch hier ist der Grund die Abänderung des Lohntarifs.

Der Streik der Politurarbeiter von Rehrberg u. Tempel in Barmbeck bei Hamburg dauert fort. Zugang ist streng fernzuhalten.

Die streikenden Hündholzarbeiter von Pantin (Frankreich) hatten eine Abordnung an den Ministerpräsidenten Ribot gesandt. Nach Anhörung des Berichtes derselben beschloß die Vereinigung einstimmig, heute die Arbeit wieder aufzunehmen. Gleichzeitig wurden drei Vertreter gewählt, welche sich mit den von Ribot zu ernennenden Delegirten zur Untersuchung der Fragen betreffend die Holzart und die Höhe der Löhne besprechen sollen.

Die schwarzen Dockarbeiter von New-Orleans haben die Arbeit eingestellt. In der Stadt herrscht Ruhe.

Gerichts-Beitrag.

Ein Hungerdrama vor Gericht. Ueber den sog. Mordprozeß Lengling haben wir gestern bereits mit einigen einleitenden Worten berichtet. Die Sitzung wird um 10 Uhr durch den Vorsitzenden, Landgerichtsrath Meyer, eröffnet. Die Anklagebehörde vertritt Assessor Barnau. Die Vertheidigung führt R. A. Bronner. Im dichtbesetzten Zuhörerraum befinden sich besonders viele Damen; es mischt eine lebhafteste Bewegung, als die Angeklagte in den Saal geführt wird. Sie erscheint in schwarzer Kleidung, wodurch die Blässe des abgemagerten, eingefallenen Gesichtes noch mehr hervorgehoben wird. Es sind neun Zeugen geladen, als Sachverständiger sind Kreis-Physikus Dr. Philipp, sowie die praktischen Aerzte Prof. Molé und Dr. Mengis zur Stelle. Die Angeklagte giebt zu ihren Personalien an, daß sie Marie Auguste Luise Lengling heißt und im Jahre 1859 zu Neuhalbenleben geboren ist. Ihr Mann sei am 28. Dezember 1898 gestorben. Nach Verlesung des Anklagebuchs, der auf vollendeten bzw. verübten Mord lautet, beginnt das Inquisitionsprotokoll. Sie giebt auf Befragen an, daß sie sechs Kinder zur Welt gebracht habe, von denen vier verstorben seien. Sie habe vielfach an Brust- und Kopfschmerzen gelitten, besonders letztere hätten sich bisweilen bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Wenn sie auch nicht angeben vermöge, wie viel ihr Mann wöchentlich verdient habe, so habe sie zu dessen Lebzeiten Noth nicht kennen gelernt, zumal sie selbst während der ersten Jahre ihrer Ehe in größerem Umfange die Wäscherei betrieb. Da es ihr aber zu schwer gefallen sei, habe sie das Nähen etwas eingeschränkt, wenn auch nicht ganz ausgegeben. Nach dem Tode ihres Mannes sei sie ganz aus ihrer Hände Arbeit angewiesen gewesen, wenn sie ganz gesund gewesen wäre, würde sie bis zu 14 M. die Woche haben verdienen können, so sei sie aber über 8-9 M. wöchentlich nicht hinausgekommen. Hiervon habe sie noch Schulden zu tilgen gehabt. Um nicht soviel Zeit zu veräumen, habe sie des Mittags nicht geschickt, sondern nur des Abends mit den Kindern warm gegessen. Vielleicht ein Jahr lang habe sie sich mit dem Gedanken getragen, sich das Leben zu nehmen, ob sie diesem Gedanken anderen Personen gegenüber Ausdruck gegeben, wisse sie nicht. — P r ä s.: Wie ist es denn gekommen, daß Sie sich am 9. November v. J. entschlossen, nach Tegel zu fahren? — A n g e l l.: Die Kinder haben darum. — P r ä s.: Um welche Zeit und von welchem Bahnhofe fahren Sie ab? — A n g e l l.: Um 2 Uhr vom Stettiner Bahnhofe. — P r ä s.: Fahren Sie bis Tegel? — A n g e l l.: Nein, bis Schönholz, von dort gingen wir zu Fuß. — P r ä s.: War es noch hell, wie Sie dort ankamen? — A n g e l l.: Nein, es war schon dunkel. — P r ä s.: Hatten Sie an jenem Tage die Absicht, sich das Leben zu nehmen? — A n g e l l.: Nein. — P r ä s.: Warum gingen Sie nun nicht in die Pump'sche Restauration hinein, sondern daran vorbei und nach dem Landungsplatz wo die Dampfmaschine an? — A n g e l l.: Darüber kann ich nichts sagen, mein Erinnerungsvermögen ist von diesem Zeitpunkt an vorüber. — P r ä s.: Hatten Sie starke Kopfschmerzen an jenem Tage? — A n g e l l.: Jawohl, auch tags vorher. — P r ä s.: Wissen Sie noch, daß Sie Ihrem ältesten Knaben in der Pump'schen Restauration Schnaps zu trinken gegeben? — A n g e l l.: Ja,

dessen erkrankte ich mich noch. — P r ä s.: Woher hatten Sie den Schnaps? — A n g e l l.: Ich hatte ihn unterwegs gekauft, weil mein ältester Knabe mich darum bat. — P r ä s.: Das war aber doch nicht sehr zweckmäßig. Wissen Sie denn gar nichts von den Vorfällen auf der Landungsbrücke? — A n g e l l.: Nein, ich kam erst zu mir, als ich aus dem Wasser gezogen wurde. — P r ä s.: Wissen Sie auch nicht, daß Sie bei der Rettung gesagt haben: „Laßt mich, ich will sterben“? — A n g e l l.: Nein davon weiß ich nichts. — P r ä s.: Sie bleiben also dabei, daß Sie von dem Augenblicke an, als Sie die Pump'sche Restauration erreicht hatten, von ihrem Gedächtnisse verlassen wurden, so daß Sie von allen späteren Vorgängen nichts wissen? — A n g e l l.: Ich weiß von nichts. — P r ä s.: Sie wissen auch nicht, daß Sie Ihrem ältesten Knaben gesagt haben, er möge die geleerte Schnapsflasche ausspülen? Daß derselbe sich dann mit dem ganzen Körper auf die Landungsbrücke legte, um die Flasche in das Wasser tauchen zu können, daß Sie ihn dann hineinstießen, auch den zweiten Knaben hinabwarfen und dann selbst ins Wasser sprangen? — A n g e l l.: Von allen diesen Vorgängen weiß ich nichts. — Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet.

Es werden zunächst die Zeugen vernommen, welche bei der Rettung der Angeklagten und ihrer Kinder theilhaftig waren. Der junge Arbeiter Eggert hat die Hilferufe der mit dem Wasser ringenden Knaben gehört, er hat ebenfalls Hilfe gerufen, worauf aus der Pump'schen Restauration der Birth und mehrere Gäste heraustraten. Mittels Stangen sei es gelungen, die Mutter und den einen Knaben zu retten, der andere sei zu weit fortgetrieben und untergegangen. Sämmtliche Zeugen bezeugen übereinstimmend, daß die Angeklagte, als sie aus dem Wasser gezogen wurde, die Worte aussprach: „Laßt mich doch, ich will es ja, ich thue es doch wieder.“ — Zeuge Assessor v. Köhl, der die Angeklagte am folgenden Tage vernommen hat, bat von ihr den Eindruck gewonnen, daß sie vollständig der Melancholie verfallen und gegen alle Ereignisse abgestumpft und gleichgültig war. — Schneiderin Egnolf hat bei der Angeklagten gearbeitet und schildert sie als eine sehr ordentliche Frau. Einmal habe die Angeklagte ihr gesagt, daß sie sich das Leben nehmen und ihre Kinder mitnehmen wolle. Diese sollten nicht in die Hände fremder Leute kommen. Die Zeugin hat dieser Aeußerung keine Bedeutung beigelegt, sondern sie nur für den Ausfluß einer augenblicklichen trüben Stimmung gehalten. — Die folgende Zeugin, eine Frau Norcus, ist mit der Angeklagten befreundet gewesen und hat derselben manchmal mit kleinen Darlehen ausgeholfen. Am Mittage des 9. November, gegen 1 Uhr, seien die beiden Knaben der Angeklagten zu ihr gekommen mit einer Bestellung, die Zeugin möge doch ihre Mutter besuchen, die krank im Bette liege. Bei der Zeugin sei gerade zu Mittag gegessen worden. Der kleinere Knabe habe einen auf dem Tische liegenden Teller genommen, von dem gegessen worden sei und habe denselben abgedeckt. Auf die Frage, ob sie hungrig seien, hätten die Knaben mit „ja, sehr“ geantwortet. Darauf hat die Zeugin den Kindern zu essen gegeben, wobei die letzteren einen großen Heißhunger zeigten. Die Angeklagte habe sehr häufig über Kopfweh und Schwindel geklagt, bisweilen auch etwas verwirrte Reden geführt und einen heißen Kopf gehabt. — Auf die übrigen Zeugen wird verzichtet. Der Gerichtsarzt Dr. Mengis begutachtet, daß er die Angeklagte von vorne herein als Kranke zu behandeln hatte. Trübe Stimmung bis zum Lebensüberdruß sei ihr während der ganzen Haft eigen gewesen. Sie habe eine so unregelmäßige Peristaltik gehabt, daß zu Mitteln gegen dies Leiden gegriffen werden mußte. Der Sachverständige hält es für möglich, daß die Angeklagte auf dem Wege bis Tegel noch nicht den Plan gehabt habe, den sie später ausführte, erst beim Anblicke des Wassers könne der früher in ihr entstandene Gedanke wieder mit solcher Kraft in ihr lebendig geworden sein, daß sie im höchsten Grade hysterisch, habe in einem Zeitraum von neun Jahren sechs Kinder gehabt, von denen vier an Krämpfen verstorben seien, und alle diese Umstände veranlaßten ihn, sein Gutachten dahin abzugeben, daß er zwar nicht bedingungslos sagen wolle, die Angeklagte sei bei Begehung der That in einem Zustande von Geistesstörung gewesen, wodurch ihre freie Willensbestimmung ausgeschlossen sei, aber er neige sich dieser Ansicht zu.

In ähnlicher Weise äußerte sich der zweite Sachverständige, Professor Dr. Moels. Wenn die Angeklagte bald nach der That den Eindruck einer geistesgesunden Person gemacht habe, so habe dies nichts zu bedeuten, denn derartige Geistesstörungen traten bisweilen blikartig auf und verschwänden ebenso schnell. — Der dritte Gutachter, Sanitätsrath Dr. Philipp, erklärte, daß er sich auf grund der Thatfachen, die durch die Beweisaufnahme zu Tage getreten seien, dem Gutachten seiner Kollegen anschließen müsse. In betreff des erkrankten Knaben habe er zu erklären, daß der Leichenbefund nicht ergeben habe, daß der Knabe sich in einem Zustande schlechter Ernährung befunden habe. Hiernit wird die Beweisaufnahme geschlossen.

Staatsanwalt Assessor Gronau verlangt nicht, daß man in der Angeklagten eine bedauerndwerthe, tief unglückliche Person vor sich habe, aber er fährt aus, daß dieselbe doch für die graue That die Verantwortung tragen müsse, denn die Gutachten der Sachverständigen hätten ihn nicht überzeugt, daß die Angeklagte sich in einem Grade von Geistesstörung befunden habe, der sie hilflos mache. Der Staatsanwalt frucht nachzuweisen, daß die Angeklagte zwar mit Bewußtsein, aber nicht mit Ueberlegung gehandelt habe.

Der Staatsanwalt fährt ferner aus, daß die Angeklagte einer plötzlich in ihr auftretenden Eingebung Folge geleistet habe, als sie die günstige Gelegenheit wahrnahm, die sich ihr beim Anblicke des Wassers bot. Ihre Zurechnungsfähigkeit möge beschränkt gewesen sein, ausgedehnt sei sie aber nicht gewesen. Er bitte die Geschworenen, die Angeklagte des vollendeten und versuchten Mordes für schuldig zu sprechen, ihr aber mildernde Umstände zu bewilligen, denn wenn sie diese Wohlthat angebracht sei, so sei es vorliegend der Fall.

Der Vertheidiger, R. A. Bronner, plaidirte in packender Weise für Freisprechung. Wer wolle überhaupt behaupten, daß die Angeklagte selbst ihre Kinder in das Wasser gestossen oder geworfen habe? Außer dem „Auge Gottes“ habe es niemand gesehen. Könnte es nicht möglich sein, daß der sich über den Steg bückende Knabe ins Wasser gefallen sei, daß er seine neben ihm stehende Mutter und diese wieder den zweiten neben ihr stehenden zweiten Knaben mit hinabgerissen habe? Wo sei ein Gegenbeweis für diese Annahme? Die Thatfache, daß der kleine gerettete Knabe dem Untersuchungsrichter gesagt habe, er habe einen Stoß erhalten, könne bei dem Dunkel, welches bei dem Ereignisse geherrscht, nicht ins Gewicht fallen, es könne gut eine Täuschung und vielleicht eine Verwechslung mit einem Stöße sein, den er beim Fallen erlitt. Der Vertheidiger fährt sodann aus, daß er in betreff des Geisteszustandes der Angeklagten auf grund der Gutachten der Sachverständigen zu einem anderen Resultat gekommen sei, als der Staatsanwalt. Unter dem Eindruck des denkbar größten seelischen und körperlichen Elends habe die Angeklagte zweifellos schon die Herrschaft über ihre Sinne verloren gehabt, bevor sie die Brücke betrat und wenn eine entgegengesetzte Möglichkeit auch nicht ausgeschlossen sei — auf Möglichkeiten hin werde kein Urtheil gefällt. Im Zweifel solle man zu gunsten der Angeklagten urtheilen und Zweifel lägen im vorliegenden Falle in Ummenge vor. Er hoffe, daß die Geschworenen aus allen diesen Gründen zu einem Nichtschuldigem würden. Die Geschworenen geben nach dreiviertelstündiger Verathung ihren Wahrspruch ab, der auf Nichtschuldig lautete. Die Angeklagte wurde demzufolge freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen.

Wie wir hören, haben die Geschworenen während der Ver-

nehmung einen Betrag von 50 M. gesammelt, der der Angeklagten eingehändigt werden soll.

Erpressungen, die an einem alten Major verübt waren, fanden gestern vor der vierten Strafkammer ihre Aburtheilung. Der Schlächter Paul Rudtz war von Roskock aus, wo er eine mehrmonatige Gefängnißstrafe zu verbüßen hatte, durch einen Transporteur nach Berlin übergeführt worden, hatte aber hier auf dem Stettiner Bahnhofe Gelegenheit gefunden und wahrgenommen, seinem Wächter zu entweichen. Er hat aber nur zehn Tage die Freiheit genießen können, dann wurde er wieder ergriffen und dem Untersuchungsgefängniß überwiesen. Das Opfer, welches er sich für seine Erpressungen aufgefacht hatte, war ein alter Major von Fühner, der hier die Bekanntschaft des Angeklagten vor einem Silberladen gemacht, wie er sagt, Gesellen an dem mecklenburgischen Dialekt gefunden hatte und mit ihm näher bekannt geworden war. Diesen engeren Verkehr mit dem alten Mann benutzte der Angeklagte dazu aus, um unter Drohungen von ihm Geld zu erpressen. Es ist ihm gelungen, dem Major zu wiederholten Malen Geld abzuschnehen und er kam immer wieder, trotzdem sich der alte Mann schriftlich von ihm attestiren ließ, daß er keinerlei Ansprüche an ihn habe. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß ein derartiges Treiben äußerst gemeingefährlich sei und verurtheilte deshalb den Angeklagten zu 2 1/2 Jahren Gefängniß.

Was ist Ungebühr vor Gericht? Das jemand wegen dieser Missethat verurtheilt worden ist, weil er den Hut beim Verlassen des Gerichtssaales vorzeitig aufsetzte, oder weil er in Arbeitskleidung vor den Schranken erschien, ist bekannt. Neu ist es aber, daß jemand noch staatsanwaltlicher Auffassung auch bestraft werden soll, weil er nach seiner Verurtheilung erklärt, daß er Berufung einlegen wolle. Einen solchen Fall hatte die 100. Abtheilung des Schöffengerichts gestern zu entscheiden. Der Staatsanwalt hatte nämlich wegen einer solchen Aeußerung eine Ordnungsbüße von 3 Tagen Haft beantragt. Das Gericht war aber der Ansicht, daß die Aeußerung zwar „sehr unpassend“ sei, aber noch keine Ungebühr darstelle. Von einer Bestrafung wurde deshalb abgesehen.

Warum Majestätsbeleidigungen begangen werden. Die Fälle, daß obdach- und mittellose Personen sich des Vergehens der Majestätsbeleidigung schuldig machen, um dadurch ein Unterkommen zu gewinnen, kommen immer häufiger vor. Gestern beschäftigte ein solcher Fall die dritte Strafkammer des Landgerichts I. Wie aus der Urtheilsverurteilung hervorging, hatte der Angeklagte Wilhelm Münchberg, als er in der Nacht zum 8. Februar d. J. in der Landberger Allee aufgegriffen wurde, grobe Schmähungen mit bezug auf den Kaiser ausgesprochen. Das Gericht verurtheilte ihn zu einer Gefängnißstrafe von einem Jahre sechs Monaten. Es ist doch etwas Herrliches um das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte, daß die Armen und Elenden derart vor dem Verhungern schütze!

Wir haben vor einiger Zeit gemeldet, daß der Rechtsanwalt Rich. Wolff mit einem Studium der Akten über das Strafverfahren gegen Kowalski, welcher s. Z. wegen Ermordung der Frau Geh. Sekretär Paepke vom hiesigen Schwurgericht zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt worden ist, beschäftigt sei. Die Arbeit des Vertheidigers ist nunmehr beendet und hat das Ergebnis gehabt, daß er auf grund des von ihm gesammelten Materials, welches nach seiner Ansicht den Beweis für die Unschuld Kowalski's zu begründen geeignet erscheint, nunmehr den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens bei Gericht gestellt hat. Die schwurgerichtliche Verhandlung fand am 12. April 1898 statt, Kowalski sitzt also schon beinahe 9 Jahre im Zuchthaus.

Das Schwurgericht hiesigen Landgerichts I verurtheilte gestern den in Moabit ansässigen Photographen Karl Ludwig Fröhlich wegen Sittlichkeitsverbrechen zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. Er hatte sich an zwei bei ihm beschäftigten jungen Damen vergangen.

Im Hochverrathprozeß zu Tarnopol sind am Mittwoch sämtliche Angeklagte von der Anklage des Hochverraths einstimmig und von der Anklage der Majestätsbeleidigung mit Stimmenmehrheit freigesprochen worden. Die Angeklagten wurden sofort in Freiheit gesetzt.

Deveschen.

(Privattelegramm des „Vorwärts.“)

Leipzig, 14. März 1898. Heute wurde die Genossin Rohrlach aus Berlin vom hiesigen Landgericht wegen Beleidigung eines Fabrik-Inpektors, angeblich begangen in einer Versammlung zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Ausführliches morgen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Bern, 14. März. Infolge der Einschleppung der Maul- und Klauenseuche in mehrere Kantone der Ost-Schweiz durch Vieh österreichischer Herkunft hat der Bundesrath die Einfuhr von Klauenvieh aus Oesterreich-Ungarn bis auf weiteres verboten.

Paris, 13. März. Der Minister für öffentliche Arbeiten brachte in der Deputirtenkammer einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Herstellung eines Kanals von Marseille zur Rhone. Der Kanal soll eine Länge von 54 Kilometern haben. Die Kosten sind auf 80 Millionen veranschlagt, von denen die eine Hälfte der Staat, die andere Hälfte die Handelskammer in Marseille und das Departement der Rhonemündungen aufbringen sollen.

Rom, 14. März. Zu dem Amnestie-Erlaß liegt jetzt noch folgende ausführlichere Erhaltung vor. Dem Amnestie-Erlaß zufolge werden die von den Militärgerichten in Sizilien und Massa-Carrara verhängten Strafen, die nicht drei Jahre Gefängniß überschreiten, erlassen und die sonstigen, von den erwähnten Gerichten verhängten Strafen um ein Drittel herabgemindert, vorausgesetzt, daß die Schuldigen nicht Mord oder Verletzungen mit tödlichem Ausgang begangen haben. Der Amnestie-Erlaß begnadigt ferner alle diejenigen, welche wegen Vergehens, Vergehens gegen die Wahlvorschriften oder wegen Zweikampfs verurtheilt sind, ebenso werden alle Uebertretungen der Gesetze über den Zivilstand, alle sonstigen Uebertretungen, welche mit Geldstrafen geahndet sind, sowie die Vergehen der Verschmähung und des Widerstandes gegen die Staatsbeamten der Amnestie unterliegen. Ausgenommen sind Vergehen gegen Personen, bezüglich deren eine gerichtliche Verfolgung von Amtswegen Platz greift. Endlich umfaßt die Amnestie die Vergehen gegen die Sicherheit des Staates, sowie der Antikristung und Aufreizung zu solchen, vorausgesetzt, daß dieselben nicht einer höheren als dreijährigen Strafe unterliegen und nicht mit Personal- oder Eigenthumsdelikten zusammenhängen. Zu dieser Kategorie von durch die Amnestie berührten Delikten gehört auch der Fall Romani, sodas das bezüglich Strafverfahren eingestellt und der Angeklagte aus der Haft entlassen wird.

(Deveschen-Bureau Herald.)

Brüssel, 14. März. Die sozialistischen Abgeordneten haben in einer gestern abgehaltenen Versammlung beschlossen, im ganzen Lande eine heftige Agitation gegen das Gemeinde-Wahlrecht einzuleiten.

Paris, 14. März. Der Kriegsminister machte gestern in der Armeekommission die Mitteilung, daß die Regierung es einen Gesetzentwurf über Landesverrath und Spionage ausarbeiten werde. Der Landesverrath soll mit dem Tode bestraft werden.

Paris, 14. März. Der Unternehmer der Festungsarbeiten in St. Vincent wird von der Regierung eine hohe Entschädigung verlangen, weil ihm verboten wurde, fremde Arbeiter zu beschäftigen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

60. Sitzung vom 14. März 1895, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Marschall und einige Kommissarien.

Die gestern abgebrochene Verabredung des Antrages der Abgg. Heyl v. Herrnsheim und Genossen (natl.) betreffend die Kündigung des deutsch-argentinischen Handelsvertrages wird fortgesetzt.

Abg. Müller-Dortmund (natl.): Der konservative Redner hat seine Befriedigung darüber ausgesprochen, daß gerade ein Industrieller diesen Antrag gestellt hat. Meine Freunde bedauern es, daß dies so ist; denn wir glauben, daß dadurch ein falsches Licht auf die Stellung der Industrie geworfen wird. Von anderer Seite ist der Antrag als der Ausgangspunkt für eine weitere Kündigung von Handelsverträgen mit den amerikanischen Staaten bezeichnet worden. Ich spreche im Namen des größeren Theiles meiner Partei, der gegen den Antrag ist. Der argentinische Weizen kommt auf den Weltmarkt; ob dann dieser Weizen oder amerikanischer oder indischer Weizen nach Deutschland kommt, ist an sich gleichgültig für die Landwirtschaft. Es wird sich dann dasselbe Schauspiel abspielen wie beim Zollkrieg mit Rußland. An die Stelle des durch den Differentialzoll ausgeschlossenen russischen Getreides trat anderes Getreide. Der Antrag wird zunächst den Zollkrieg zur Folge haben. Wäre der Antrag weniger scharf gewesen, hätte er nur die Regierung zur Erwägung über die Kündigung aufgefordert, so wäre das anders gewesen. Der Antrag verlangt aber direkt die Kündigung, und das ist der Zollkrieg. Die Behauptung, daß die Ausfuhr nach Argentinien infolge der Zollbefreiungen zurückgegangen sei, ist unrichtig. Was sehen wir durch die Kündigung des argentinischen Handelsvertrages auf Spiel? Geschäftsleute, die mit Argentinien in Verbindung stehen, schätzen den Export dort um höher als 70 bis 80 Millionen, wie man ihn gewöhnlich berechnet. Nicht bloß die deutsche Industrie leidet, sondern auch die gesamte deutsche Ackerbau; darunter leidet die Handelsmarine, welche doch schließlich die Grundlage für die Kriegsmarine bildet. Ich würde den Antrag dahin ändern, daß die Regierung aufgefordert wird, einen Tarifvertrag mit Argentinien abzuschließen. Damit war wenigstens die Richtung angegeben, nach welcher die Regierung vorgehen kann, wenn auch ein Erfolg kaum zu erwarten ist; denn mit Ländern, die auf so tiefer Stufe der Verwaltung stehen, kann man schwer einen Tarifvertrag machen. Man kann von ihnen nicht verlangen, daß sie auf die Einnahmen aus indirekten Steuern verzichten und direkte Steuern einführen. Auch die Verhandlung des Antrages in einer Kommission kann ich nicht wünschen, er muß a limino abgewiesen werden.

Staatssekretär des auswärtigen Amts v. Marschall: Der festeste Entschluß zum Schweigen wird schließlich erschüttert, wenn man so angegriffen wird, wie es öffentlich und verhehrt geschehen ist. Die verbündeten Regierungen haben bis jetzt den Antrag v. Heyl einer Verabredung nicht unterzogen; sie haben einen Entschluß nicht gefaßt. Das entspricht der bestehenden Übung und dem wohlverstandenen Interesse des hohen Reichstages, denn es ist richtig, daß die verbündeten Regierungen erst dann entscheiden, wenn der Reichstag einen Beschluß gefaßt hat. Ich muß mich deshalb bezüglich der Stellung der verbündeten Regierungen einer weisen Zurückhaltung befleißigen. Die argentinisch-deutsche Beziehung läßt sich nicht isolirt betrachten, sondern nur im Zusammenhange mit der gesamten Handelspolitik, namentlich jenen handelspolitischen Strömungen, die der europäischen Einfuhr nicht sehr günstig sind. (Sehr richtig! links.) Ich bitte Sie also nicht lediglich nach der Güte des Zweckes, sondern auch nach dem praktischen Ergebnisse des Antrages zu urtheilen. Herr v. Heyl hat gestern erklärt, daß die Erwartungen, die man an die Handelsverträge geknüpft hat, nicht in Erfüllung gegangen sind. Er hat gemeint, die amerikanische Krise habe gerügt, die Stetigkeit zu fördern. Wie kann man die amerikanische Krise mit den Handelsverträgen in Verbindung bringen? Je mehr solche Krisen eintreten, um so notwendiger wird es, unsere anderen Abgabengebiete zu sichern durch Handelsverträge. Herr v. Heyl ist einigermassen inkonsequent, wenn er das Lob der Stetigkeit singt und gleichzeitig einen Antrag stellt, der in den Beziehungen zu überseeischen Ländern jeden Rest der Stetigkeit beseitigt. (Zustimmung links.) Daß die Stetigkeit gute Frucht trägt, zeigt die Statistik, nach welcher wir 1893 nach Oesterreich 8 und nach der Schweiz 2 Millionen mehr ausgeführt haben. Manche Hoffnungen und Wünsche schweifen allerdings über die Stabilität hinaus. Aber ich möchte glauben, daß gerade gegenüber der Bewegung, alle Länder abzuschließen, diese Stetigkeit der Handelsverträge von großem Vortheil ist. (Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Ich bedauere, daß ich auf der rechten Seite Widerspruch finde. Durch den Mangel von Handelsverträgen hat unsere Industrie vielfach ihre Abgabengebiete verloren; sie hat durch die Handelsverträge dieselben wieder gewonnen. Der Vertrag mit Argentinien ist von Preußen geschlossen und vom Zollverein übernommen worden und das Reich als Rechtsnachfolgerin des Zollvereins muß diesen Vertrag aufrecht erhalten. Der Export nach Argentinien ist in dem letzten Jahre auf 48 Millionen Mark nach der Statistik gestiegen. Darin ist aber der Export über Belgien und Holland nicht enthalten. Ich glaube auch den Export auf 50 Mill. Mark schätzen zu können. In Argentinien tritt alljährlich eine Zollkommission zusammen, um nach dem finanziellen Bedarfe die Zölle aufzustellen. Daß dadurch Mißstände entstehen können, ist selbstverständlich, und es kann kommen, daß solchen Staaten, die alljährlich ihre Zölle ändern, bedeutet wird, wenn sie ihren Export nach Deutschland aufrecht erhalten wollen, dann müssen sie ihre Zölle auf einer gewissen Höhe halten. Diese Ermahnungen sind auch nicht ohne Erfolg gewesen und es ist erreicht worden, daß deutsche Exportartikel bei den Zollfestsetzungen berücksichtigt sind. Wer exportiren will, der muß sich auch den Export gefallen lassen. Bezüglich des Weizenbaues sind allerdings große Veränderungen eingetreten. Was die Einfuhr argentinischen Weizens nach Deutschland möglich macht, sind die Verhältnisse. Der Weizen, der zu uns kommt, kann als Weizenweizen, als eine Folge des Goldagio bezeichnet werden. Man darf aber nicht denken, daß die Weizenproduktion ins Unendliche vermehrt werden kann. Sie kann noch erheblich ausgedehnt werden in einzelnen Distrikten der Provinzen Entre Rios, Buenos Aires u. s. w. aber nur in den Bezirken, welche an den großen Flüssen La Plata und Parana liegen. Denn von dem Innern des Landes her ist der Transport zu kostspielig. Ich bin weit davon entfernt, die Nachteile der zunehmenden Weizenproduktion für Deutschland in Abrede zu stellen. Weizen und die anderen Weizen produzierenden Länder leiden darunter sehr schwer. Aber das wärmste Interesse für den deutschen Getreidebau entbehrt uns doch nicht der sorgfältigen Prüfung der Frage, ob die Kündigung des argentinischen Handelsvertrages der deutschen Landwirtschaft irgend eine Erhöhung des Getreidepreises bringt. (Sehr richtig! links.) Wir dürfen doch nicht die Politik des Vogel Strauß treiben und den Kopf in den Sand stecken. Der Gesamtüberschuß der Weizen-

produktion und die Nachfrage danach stellt den Weltmarkt dar. Der argentinische Weizen, der nach Deutschland gekommen ist, wird auf den Weltmarkt kommen und dort dieselbe Wirkung auf den Preis ausüben wie vorher. Eine Steigerung des Preises wird dadurch nicht eintreten, eher könnte man das Gegentheil annehmen, daß der argentinische Weizen sich zu einem niedrigeren Preise anbieten muß, weil er mit dem Markt befaßt ist, daß er in Deutschland nicht gleichberechtigt zum Konsum zugelassen wird. Die Herren, welche die Kündigung des argentinischen Handelsvertrages verlangen, müssen uns doch glaubbar machen, daß eine Erhöhung des Weltmarktpreises eintritt. Das ist aber nicht geschehen. Am 20. Februar v. J. habe ich gesagt, daß der Handel Mittel und Wege finden würde, um vierspännig durch die ganzen Ursprungsjugnisse zu fahren; wer könnte verhindern, daß russischer Weizen nach den weisbegünstigten Ländern gefahren, dort zu Mehl verarbeitet und zu uns eingeführt wird? (Sehr richtig! links.) Wenn Sie an die Stelle des Wortes Rußland das Wort Argentinien setzen, dann trifft meine Ausföhrung ebenfalls zu. Der Antragsteller hat etwas leichtes Herzens von der Kündigung des Exports gesprochen; die 45 Millionen seien nur 1,2 pCt. des Exports. Die Rechnung ist richtig, aber es sind an den 45 Millionen Tausende von Arbeitern betheiligt. (Lachen rechts.) Wenn der Landwirtschaft kein Vortheil von der Kündigung erwächst, dann kann man doch einen direkten Nachtheil auf der anderen Seite verhindern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit rechts.) Ich bitte Sie, die Sache gründlich zu prüfen. Es ist ein sehr gewaltiger Schlag, den zu thun der Antragsteller Ihnen zumuthet. Er soll nach seinen Intentionen den argentinischen Weizen treffen. Hüten Sie sich, daß der Schlag nicht daneben geht und daß etwas getroffen wird, was wir schützen wollen und schützen müssen: die nationale Arbeit. (Zustimmung links; Widerspruch rechts.)

Abg. Schumacher (Soz.): Der Abg. v. Heyl hätte nur offen aufsprechen sollen: wir wollen den Zollkrieg eröffnen gegen die Argentinische Republik. Er hat hier gewissermaßen Vogel-Strauß-Politik getrieben, denn mit wenigen Ausnahmen hier im Hause kennt niemand die Verhältnisse so genau wie er. Er muß ebenso gut wie der Staatssekretär v. Marschall wissen, daß wir nach Argentinien nicht für 42 sondern für 80 Millionen exportiren. Wir im Rheinlande exportiren nämlich größtentheils über Antwerpen. Bei der Berechnung der Bevölkerungsziffer hat man nur Argentinien aber nicht die beiden anderen La Plata-Staaten Uruguay und Paraguay in betracht gezogen, und die geben ein ganz anderes Bild. Soviel steht fest: Ohne Argentinien kommen wir in der deutschen Gerberei nicht zurecht. Das Quebrachoholz ist für die deutschen Gerber lange nicht so wichtig wie der Import der Häute aus Argentinien. Deutschland bezieht über Antwerpen aus den La Plata-Staaten weit über eine Million Häute und davon entfallen neun Zehntel auf das Rheinland. Auch unsere Armees verwendet argentinische Häute zur Fabrikation des Sobledders. Die argentinischen Häute haben einen bedeutend größeren Werth als die anderen. Unsere Häute können wir zum Sobledder gar nicht gebrauchen, es ist viel zu teuer, die ostpreussischen und holländischen Häute taugen nichts, und die süddeutschen sind zu schwer und nur für Maschinenriemen verwendbar. Herr v. Heyl muß für seinen Antrag sehr schlechte Gründe haben, daß er als Sachmann diese Thatsachen vor dem Reichstage verpricht. Für die Landwirtschaft versprechen sich die Herren von dem Antrage ja selber sehr wenig. Der argentinische Weizen würde alldann nicht nach Deutschland kommen, sondern auf den Weltmarkt, und da würde eine Ausgleichung der Preise eintreten. Die Kündigung des Vertrags würde der Tuchindustrie in Aachen, Kempen u. s. w. einen schweren Schlag versetzen und tausende von Arbeiter außer Arbeit setzen. Herr v. Heyl beweist, daß die Handelsverträge inabile Verhältnisse gebracht haben. Als wenn das Handelsverträge überhaupt vermögen. Hier gilt das Bibelwort: im Schweiße des Angesichts sollt Du Dein Brot essen. Die Unterbilanz, von der Herr v. Heyl sprach, ist eine Folge der Schußwollerei. Amerika war früher freihändlerisch und ist erst aus Vergeltung schußwollerei geworden. Gewiss läßt auch in Argentinien die Industrie an zu blühen. Das können wir aber doch nicht verhindern, das kommt überall vor und wir können doch deshalb nicht einen Vertrag kündigen. In München-Gladbach, Aachen, Solingen, Remscheid, Elberfeld-Barmen wird sehr viel für Argentinien gearbeitet und von Pforzheim werden allein für 8 Millionen Mark Goldwaaren nach Argentinien geliefert. Man verlangt einen Quebrachoholz um die kleinen Eisenbahnwaggon-Besitzer und die Gerber, welche nach altem System arbeiten vor dem Untergange zu schützen. Wenn irgendwo, so gilt auf dem Gebiet der Lederfabrikation der Satz, daß das kleine Kapital dem großen nicht gewachsen ist. Ich weiß sehr gut, daß die rheinischen Kleingerber längst zu Grunde gegangen waren, ehe an die fremden Gerbstoffe gedacht wurde. Nicht das Quebrachoholz macht den deutschen, speziell rheinischen Schälwald-Besitzern eine große Konkurrenz, sondern die französische und österreichische Eichenlohe. Quebrachoholz-leider ist lange nicht so haltbar wie das mit Leber gerberde Leder, wovon ich Sie durch eine Probe sehr leicht überzeugen könnte. Es giebt eine ganze Anzahl rheinischer Gerber, welche für die Befreiung der ausländischen Gerbstoffe gestimmt haben und die selbst diese Stoffe gebraucht haben. Wir sind auf die ausländischen Gerbstoffe angewiesen. Im Jahre 1893 sind für 30 Millionen fremde Gerbstoffe nach Deutschland gekommen, während in Deutschland nur für 7 Millionen produziert werden. Was schädigt denn überhaupt den kleinen Eisenbahnwaggon-Besitzer? (Vizepräsident v. Buol bittet den Redner von der Sache nicht allzuweit abzuweichen.) Ich wäre auf die Frage nicht eingegangen, wenn sie nicht gestern aufgeworfen worden wäre. Man will diese kleinen Leute auf den Damm bringen durch den Zoll, aber was hilft er ihnen, wenn sie ihren 4 Deklar großen Besch auf 5 Kinder verteilen. Ich werde Ihnen später einmal auseinandersetzen, daß ganz andere Dinge den Untergang des Schälwaldbesitzes bedingen. Ein Zoll ändert daran nichts. Ich hoffe, daß Sie den Antrag mit großer Mehrheit ablehnen werden im Interesse des deutschen Volkes, der Industrie, der deutschen Arbeiter und derjenigen Gerber, welche die Herren v. Heyl und v. Stumm zu ihren Wortführern erhoben haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Werner (Deutsches Reformpartei): Schutz der nationalen Arbeit ist ein schönes Wort, aber wir glauben, daß auch der deutsche Bauer in seiner nationalen Arbeit geschützt werden muß, nicht bloß der Industrie-Arbeiter. (Sehr richtig! rechts.) Der Staatssekretär hat gesagt, vom dem argentinischen Handelsvertrage habe die Industrie große Vortheile; aber sie hat große Nachteile davon, daß die deutsche Landwirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig ist. (Zustimmung rechts.) Das ist die Folge der miserablen Handelsverträge. (Vizepräsident v. Buol: Ich muß es rügen, daß der Redner eine Maßregel, die unter Zustimmung des Reichstages zu Stande gekommen ist, als miserabel bezeichnet.) Nun also, die belagerten werthen Handelsverträge! Bemerkenswerth war die Bemerkung des Herrn Frese, daß die argentinischen Zölle dazu dienen würden, die Zinsen für die argentinischen Papiere zu zahlen. Also dazu soll der deutsche Bauer Nachteile erleiden, damit die Argentinier im Kurse steigen. (Hört, hört! rechts.) Wer hat denn den Leuten aufgeredet, Argentinische Papiere zu kaufen? Die

großen Banken. Daß die Linke mit den Sozialdemokraten nur von der Industrie redet, und die Landwirtschaft nicht schützen will, ist kein Wunder. Die Handelsverträge sind ein Unglück für die Landwirtschaft, deren Lage mit jedem Tage schlechter wird. Ich habe namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir Anhänger des Antrages Heyl sind, von dem wir eine Besserung erwarten, und wir wünschen auch, daß der Antrag Kaniz angenommen wird. (Zustimmung rechts.)

Abg. v. Frege (Dl.): Der ganze Fehler unserer handelspolitischen Lage liegt darin, daß wir bei den Verhandlungen mit Oesterreich nicht vollständig freie Hand hatten durch Kündigung der Meistbegünstigungsverträge. Dann hätten wir unsere Verhältnisse zu den Vertragsstaaten frei und unabhängig regeln können. Die Meistbegünstigung muß doch in anderer Weise angewendet werden als es jetzt geschieht. Ich muß also mit Entschiedenheit behaupten, daß der Antrag des Abgeordneten von Heyl ein guter Anfang ist. Wir müssen uns mit Oesterreich vorher verständigen. Denn der russische Handelsvertrag ist nur eine Konsequenz des österreichischen. Argentinien befindet sich in besserer Lage als wir; es kann in jedem Jahre seine Finanzzölle feststellen, während wir gebunden sind.

Ich hoffe, daß das alte Europa sich aufrufen wird gegenüber den aufblühenden jungen amerikanischen Staaten. Aber bis das geschehen kann, muß etwas anderes gethan werden. Frankreich giebt uns durch seinen Maximal- und Minimaltarif den Weg an, wie etwas erreicht werden kann. Nach einer Seite müssen die verbündeten Regierungen Stellung nehmen. Ich hoffe, daß auch Rußland bald Stellung nehmen wird, wenn ihm die argentinische Konkurrenz ebenso drängend wird wie Deutschland. Die Schwierigkeit liegt darin, daß die argentinischen Weizenbauer eine Prämie durch unsere Verhältnisse bekommen. Wir können doch bei unserer landwirtschaftlichen Nothlage nicht einem politisch so indifferenten Lande, wie Argentinien, eine Exportprämie für sein Getreide geben. Es gehört aber dazu ein gemeinsames Vorgehen der industriellen Staaten Europas. (Zustimmung rechts.) Als die MacKinley-Bill eingeführt wurde, hätte Deutschland Repressalien ergreifen sollen. Es mehren sich die Stimmen im landwirtschaftlichen Lager, welche tabula rasa machen und alle Industriezölle abschaffen wollen. Wohin würden wir aber kommen, wenn wir zum unbeschränkten Freihandel übergehen? Ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär sich davon überzeugen wird, daß die nationale Arbeit, die er mit uns schützen will, auf dem platten Lande ist und in den Mittelständen, die selbst mitarbeiten und nicht spekuliren, nicht bei den Industriellen, die fremde Rohstoffe importiren und nur Geld verdienen wollen. Es kommt nicht bloß auf die nationale Arbeit an, sondern auch auf die nationale Gewinnung. (Beifall rechts.)

Abg. Barth (fr. Vg.): Eine Kommissionsberatung kann schädlich werden; denn vor Oestern würde sie nicht beendet werden und bis dahin dauert die Ungewißheit über die Entscheidung dieser Frage. Das liegt weder im Interesse der Landwirtschaft noch im Interesse der Industrie; es kann auch Argentinien gegenüber nicht gleichgültig sein, ob monatlang der Glaube erweckt wird, daß wir vielleicht zu einem Zollkrieg mit Argentinien kommen. Wenn irgend etwas die Entwicklung der überseeischen Länder hindert, so sind es die schlechten Verhältnisse; man sollte deshalb zufrieden sein, daß in Argentinien die Verhältnisse nicht so schlecht sind, sonst würden wir nicht so viel exportiren. Wenn die Landwirtschaft sich in einer solchen Nothlage befindet, daß die übrige Bevölkerung sie unterstützen muß, weshalb wird denn nicht eine direkte Steuer nach Art der Kopfsteuer erhoben zu diesem Zwecke? Wenn man so nackt und bloß es aussprechen würde, daß alle nicht landwirtschaftlich treibenden Personen zehn Prozent ihres Einkommens hergeben sollten zur Unterstützung der Landwirtschaft, da möchte ich einmal das Geschrei hören, was daraus entsteht. Da wollen wir einmal sehen, ob jemand noch den Muth hat, zu verlangen, daß die Getreideproduzenten Deutschlands auf allgemeine Kosten in ihrer Lage verbessert werden. Durch diesen Antrag würde eine Preissteigerung nicht erreicht werden, deshalb wollen wir die Schädigung der Industrie verhindern und wir werden den Antrag ablehnen.

Abg. Graf Oriola (natl.): Vielleicht trägt unser Antrag dazu bei, bei Argentinien mehr Entgegenkommen zu erwirken. Die deutschen Bauern stehen uns näher als die argentinischen Kolonisten. (Zustimmung rechts.) Durch den Ausschluß des argentinischen Weizens allein wird der Landwirtschaft nicht erheblich geholfen, aber wir müssen später auch gegen den indischen Weizen u. s. w. vorgehen. Auch wenn Deutschland den überseeischen Staaten gegenüber allein vorgeht, dann wird das schon einen großen Nutzen haben. Ich hoffe, daß die anderen sich unserem Vorgehen anschließen werden. Spanien, Schweden, die Schweiz, Frankreich, Italien geben ebenfalls vor; in der Schweiz macht sich sogar ein Antrag Kaniz bemerkbar. Herr v. Marschall hat selbst anerkannt, daß ein Vorgehen gegen die überseeischen Staaten nicht ganz ausgeschlossen ist. Also unsere Vorschläge sind keine Utopien; der unbeschränkte Freihandel des Herrn Barth ist jedenfalls eine viel größere Utopie. (Sehr richtig! rechts.) Wir wollen uns die Grundlage unserer Landwirtschaft, den Ackerbau, erhalten. Die Vorschläge, die zur Hebung der Landwirtschaft gemacht worden sind, zeigen davon, daß ihre Urheber von der Landwirtschaft keine bloße Ahnung hatten.

Abg. Chni (Süd. Vp.) spricht sich gegen den Antrag aus im Namen der süddeutschen Edelmetallindustrie, namentlich in der Stadt Pforzheim, die durch die Aushebung des Handelsvertrages mit Argentinien schwer geschädigt würde. Man sollte aber ohne Kommissionsberatung den Antrag sofort ablehnen, um die Beunruhigung zu beseitigen, welche in industriellen Kreisen herrscht.

Abg. Dillert (bayerischer Bauernverein) tritt für den Antrag ein, um den deutschen Bauernstand zu schützen.

Abg. Graf Arnim (Rp.): Wenn wir den Vertrag mit Argentinien kündigen, so können wir auf Grund einer neuen Basis einen neuen und besseren Vertrag abschließen. Wir müssen einen Maximal- und Minimaltarif haben, um den Ländern gegenüberzutreten zu können, welchen wir die Meistbegünstigung zubilligt haben.

Staatssekretär v. Marschall: So lange die Herren nicht einmal sich die Mühe geben, nachzuweisen, daß die Abwendung des argentinischen Weizens der deutschen Landwirtschaft nicht, kann von einem Zollkrieg die Rede sein.

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt Abg. Frank (natl.) als Vertreter der Stadt Pforzheim, daß der Abgeordnete Chni nicht das Recht gehabt habe, für die Interessen der Stadt Pforzheim einzutreten.

Darauf erhält das Schlusswort als Antragsteller v. Heyl zu Herrn Frege: Wir sind nach den Erklärungen der Regierung fest gebannt in einer Handelspolitik der einseitigen Zugeständnisse, unter der nicht allein die Landwirtschaft, sondern schließlich auch die Industrie leidet. Bezüglich des Antrages auf Kommissionsberatung kann ich mittheilen, daß einige meiner Freunde für diesen Antrag stimmen wollen, obgleich sie nicht gewonnen sind, für den Antrag selbst zu stimmen, nur um die Sache klarzustellen.

In namentlicher Abstimmung wird darauf der Antrag auf Verweisung an die Kommission mit 140 gegen 78 Stimmen

angenommen. Für denselben stimmen die Konservativen, das Zentrum, die Polen, die Antisemiten und etwa 15 National-liberale; gegen den Antrag stimmen die Sozialdemokraten, die süddeutsche und freisinnige Volkspartei, die freisinnige Vereinigung und die Mehrheit der National-liberalen.

Schluss nach 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Etat der Post- und Telegraphenverwaltung.)

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloss in ihren letzten Sitzungen zunächst die Wahl des Abgeordneten Hüpeden (Kassel) zu beanstanden und Erhebungen zu veranlassen. Motive ist besonders ein zur Stichwahl erlassenes Zirkular des Landraths von Meisingen, in dem die Wahlprüfer angewiesen werden, für die Ermittlung des Wahlergebnisses die Deffenlichkeit auszuschließen.

Die Wahl des Abg. Meyer (Danzig) beantragt die Kommission für gültig zu erklären. Gleichzeitig werden Erhebungen darüber beschlossen, ob die Angaben des Protestes richtig sind, wonach in einer Reihe von Orten zu unrecht die sozialdemokratischen Stimmzettel von Gendarmen konfisziert sein sollen. Für den Fall der Bestätigung dieser Angaben werden Klagen für die betreffenden Beamten beantragt.

Die vom Plenum zur Nachprüfung an die Kommission zurückverwiesene Wahl des Abg. Dr. Böttcher (Waldeck) fand ebenfalls ihre Erledigung.

Der Abg. Dr. Böttcher ist nach dem ersten Bericht mit einer Mehrheit von nur 2 Stimmen gewählt. Wie die nochmalige Nachprüfung der Akten ergab, ist ein Stimmzettel zu unrecht für gültig erklärt, so daß für Dr. Böttcher nur mehr eine Stimme Mehrheit verbleibt.

Weiter ergiebt sich aus den Akten, daß in einer Reihe von Wahlbezirken noch Nachtragungen von Wählern in den Listen stattgefunden haben, obwohl der gesetzliche Termin für solche Nachtragungen bereits verstrichen war. Von diesen ungesetzlich in die Liste aufgenommenen Wählern haben sich 7 an der Abstimmung betheiligt. Die Kommission, beschloß diese 7 für ungültig zu erklären und sie gleichzeitig dem gewählten Abgeordneten abzugeben, so daß dieser die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht mehr besitzt. Mit 11 gegen 2 Stimmen beschloß hierauf die Kommission, dem Reichstag zu empfehlen, die Wahl des Abg. Böttcher für ungültig zu erklären.

Durch diesen Beschluß verliert die Ansturzkommission auch noch ihren ersten Vorsitzenden, nachdem der zweite Vorsitzende, Freiherr v. Stumm, durch Krankheit bereits früher genöthigt war, Urlaub zu nehmen und sein Amt als zweiter Vorsitzender niederzulegen.

Ebenfalls angefaßt wurde die Entscheidung über die Wahl des Abg. Pauli (S. Potsdam) bis zum Eingang der beschlossenen Erhebungen. Ein interessanter Fall beschäftigte weiter noch die Kommission. Gegen die Wahl des Abg. Wamhoff (Coblenz) wird nämlich von den Welfen der Vorwurf erhoben, daß bei der Wahl in der Gemeinde Dießen, wo von ca. 500 Wählern nur 11 nicht gewählt haben sollen, wobei mit Ausnahme von zwei, alle Stimmen auf Wamhoff lauten, arge Wahlmanoeuvren passirt sein sollen. Es wird behauptet, daß 45 Wähler überhaupt nicht abgestimmt haben, außerdem erboten sich 21 Wähler zu beschwören, daß sie für den Welfen v. Scheele ihre Stimmen abgegeben haben, während die amtliche Feststellung nur zwei auf diesen Kandidaten lautende Zettel aufweist.

Da eine amtliche Untersuchung über diese Vorgänge ist, beschloß die Kommission die Prüfung der Wahl des Abg. Wamhoff bis zum Austrag der gerichtlichen Untersuchung auszuschieben.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde heute die Verathung des Kolonialstats fortgesetzt. Bei dem Etat für das afrikanische Schutzgebiet bemängelte Abg. Richter besonders den seitens der Kolonialabtheilung des auswärtigen Amtes und der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft mit der Deutschen Bank abgeschlossenen Vertrag über Eisenbahnbauten. Die Bank sei mit 100 000 M. herangezogen worden, und das sei wohl zu umgehen gewesen. Besonders greift Abgeordneter Richter § 6 des abgeschlossenen Vertrages an, der lautet: „Befuglich der Konzeptionsverhandlungen wird der Deutschen Bank ein Vorkaufrecht dahin eingeräumt, daß ihr in erster Linie die Ausbringung der für den Bahnbau erforderlichen Mittel und die Bildung des hierzu vorausichtlich notwendigen Syndikats überlassen werden. Sollte die Deutsche Bank binnen einer vom Reichskanzler zu bestimmenden, mindestens aber drei Monate betragenden Frist mit der Bildung des Syndikats nicht zu Stande kommen, so erlischt dieses Vorkaufrecht, und steht es von da ab den beiden anderen vertragsschließenden Theilen frei, sich an andere Bankhäuser zu wenden.“ Vom Referenten, Prinzen Arenberg, und Geh. Rath Kayser wird hervorgehoben, daß seitens des Reiches keine Zinsgarantie gewährt sei und daß die Erfahrungen anderer Kolonialstaaten für solche Verträge sprächen. England habe namentlich in dieser Weise verfahren und es nicht zu beklagen gehabt. Schließlich wurde der Etat für Ostafrika mit wenigen unwesentlichen Abstrichen genehmigt.

In der Justizkommission des Reichstags wurde heute die Verathung der Novelle zur Strafprozess-Ordnung fortgesetzt. Zur Verhandlung stand der neu vorgeschlagene § 58a, welcher lautet: „Die Vertheidigung eines Zeugen darf unterbleiben, wenn die Aussage desselben sich nach richterlicher Darlegung als offenbar ungläubwürdig oder unerheblich darstellt und letzterenfalls die Vertheidigung nicht beantragt ist.“ Der Paragraph gelangte schließlich mit den nachfolgenden, vom Abg. Brodmann (Z.) beantragten Änderungen zur Annahme. Vor den Worten „richterlicher Uebersetzung“ wurde das Wort „einstimmiger“ eingeschaltet. Das Wort „letzterenfalls“ wurde gestrichen. Schließlich erhielt der Paragraph, ebenfalls auf Antrag Brodmann's, nachfolgenden Zusatz: „Auf das Verfahren vor den Schwurgerichten findet diese Bestimmung keine Anwendung.“

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 14. März 1895, nach M. 5 Uhr.

In der Fortsetzung der Stadtverordnetenversammlung gelangte heute die Spezialetat für das städtische Schulwesen zur Verhandlung. Ueber die das Schulwesen betreffenden Kapitel referirt Stadtv. Gerstenberg.

Es ist im Ausschuss zur Sprache gekommen, daß zahlreiche Angehörige der höheren und auch der Gemeindefschulen, Direktoren, Direktoren, Oberlehrer, Lehrer und Schuldiener aus städtischen Fonds auch noch Nebeneinnahmen beziehen und daß diese sich im ganzen auf 400 000 M. belaufen. Manche Rektoren bezögen bis zu 2000 M., einer sogar 3026 M. Der Ausschuss hält dafür, daß ein solcher Zustand ungesund ist und empfiehlt eine Resolution, wonach der Magistrat ersucht wird, Erwägungen darüber anzustellen, in wie weit die Frage der Nebeneinnahmen aus städtischen Fonds auf dem Gebiete des Schulwesens anderweit zu regeln ist.

Die Versammlung nimmt die Resolution an und genehmigt die Ausgaben für Gymnasien, Realschulen und Oberrealschulen ohne weitere Debatte.

Beim Kapitel „Realschulen (höhere Bürgerschulen)“ entsteht ganz plötzlich eine aufgeregte Debatte, anknüpfend an eine Aeußerung des Stadtv. Niemer.

Stadtv. Niemer (einige Schulhefte in der Hand): Ich habe zu diesem Kapitel über einen Lehrer, der entschieden seine Pflicht nicht gethan hat, Beschwerden zu führen. Es handelt sich um

den Lehrer an dem königlichen Realschulgymnasium, Dr. Govers, denselben, der in der Berliner Stadtynode eine so schroffe Stellung gegen die kirchlich liberalen einnimmt. (Unruhe, Zwischenrufe.)

Vorsteher Langerhans giebt anheim, nachdem hier öffentlich ein Namen genannt sei, den Gegenstand in geheimer Sitzung weiter zu verfolgen.

Stadtv. Friedemann erklärt sich dagegen, es sei das Recht der Versammlung nicht bloß die einzelnen Positionen zu bewilligen, sondern bei ihnen auch Beschwerden vorzutragen, soweit dieselben begründet erschienen seien. Eine Beschränkung in dieser Beziehung komme einer Minderung der Rechte der Versammlung gleich.

Vorsteher Langerhans zieht hiernach seinen Vorschlag wieder zurück.

Stadtschulrath Fürstena u macht auf das höchst Bedenkliche aufmerksam, daß darin liege, wenn hier in öffentlicher Sitzung Angriffe auf bestimmte städtische Beamte gemacht werden, ohne daß die Verwaltung von den speziellen Beschwerden Kenntniß habe. (Lebhafter Widerspruch.)

Stadtv. Gering: Ein solcher direkter Angriff auf einen städtischen Beamten ist mir in der Versammlung noch nicht vorgekommen. (Widerspruch.) Es scheint mir hier der politische Charakter vorzutreten und nicht die Gerechtigkeit! (Großer Lärm.)

Stadtv. Singer: Nach der letzten so dankenswerthen Erklärung des Vorstehers hätte ich keine Veranlassung mehr gehabt, das Wort zu nehmen. Nachdem aber vom Stadtschulrath Fürstena u der Versuch gemacht worden ist, sowohl in die Geschäftsordnung der Versammlung einzugreifen als auch der letzteren einen Rath zu geben, wie die Angelegenheit zu führen wäre, muß ich gegen diesen Versuch energisch protestiren. (Lebhafter Beifall.) Alles, was hier gesprochen wird, wendet unter der Verantwortung des Redners gesprochen; wir haben hier nicht das Recht der Immunität, wie die Mitglieder der Parlamente, und wollen es auch nicht. Aber wir sind uns ebenso sehr der Pflicht gegen unsere Wähler bewußt, die Mißstände, die sich irgendwo in der Verwaltung zeigen, rückhaltlos und öffentlich zur Sprache zu bringen, und wenn dazu Namen genannt werden müssen, so nennen wir die Namen! (Allseitige Zustimmung.)

Stadtschulrath Fürstena u: Ich kann nur wiederholen, daß ich es nicht für richtig halte, wenn derartig verfahren wird. (Ein Zwischenruf: „Sie sind ja gar nicht ge...“ wird durch stürmische Heiterkeit unterbrochen.)

Vorsteher Langerhans giebt dem Stadtv. Niemer das Wort.

Stadtv. Niemer: Der Herr Dr. Govers hat ein lateinisches Exerzitium, welches mein Sohn in der Tertia bei ihm zu machen hatte, nicht korrigirt, obwohl er das Heft zwei Monate zu Hause hatte. Ich habe meine Söhne in einer solchen Anstalt nicht lassen mögen, ich habe sie eingeschult. Im Geschichtsunterricht hat Herr Govers ferner gesagt — es ist jetzt über ein Jahr her, ich konnte nicht eher darüber sprechen, weil meine Söhne noch da waren — die Juden dürften nicht dasselbe Recht genießen, wie die Christen, denn sie seien doch ein anderes Volk und bei uns bloß geduldet. (Hört, hört!) und große Bewegung.) Das ist keine Bildungsanstalt mehr. Das ist eine Zuchtanstalt für Antisemiten! Der Direktor der Anstalt, ein sehr liebenswürdiger Herr, ertheilt in den Oberklassen Religionsunterricht; da sprach er davon, daß eine Strömung vorhanden sei in der evangelischen Kirche, die das Symbolum leugne; diese Strömung müsse aus der Kirche ausgeschlossen werden. Das ist das Christenthum, welches diese Herren vertreten! Ich danke für dieses Christenthum! Das ist nicht der Geist der christlichen Liebe, sondern der Geist des Hasses! (Lebhafte Zustimmung und Aufregung.)

Stadtv. Gering: Auf eine sachliche Widerlegung dieser mir ganz unvorhergesehenen Angriffe kann ich mich nicht einlassen, ich erhebe aber Protest gegen einen derartigen Angriff auf Herren, welche ihre Schulldigkeit in vollem Maße thun. (Gelächter.)

Stadtschulrath Fürstena u: Ich habe auf das Angeführte meinen Worten nur noch hinzuzusetzen, daß man über solche Vorformirte bei der Ausschäftsbehörde Beschwerden führen möge oder den Magistrat dazu autorisire. Im übrigen wiederhole ich den Ausdruck meines Bedauerns, daß hier in dieser Weise vorgegangen worden ist. Unsere Berliner Schulen haben im ganzen Reich einen guten Namen und stehen hoch; ihr Ruf kann auf diese Weise nicht gewinnen.

Vorsteher Langerhans: Wenn hier etwas vorkommt, was nicht vollständig hierhergehört, so ist es meine Sache, darüber zu befinden. (Allseitiger, lebhafter Beifall.) Der Meinung trete ich bestimmt entgegen, wenn Sie (zum Stadtschulrath) sagen, wir sollen uns unmittelbar an das Provinzial-Schulkollegium wenden. Wenn wir hier ganz bestimmte Klagen haben, können wir sie auch aussprechen. (Nochmalige lebhafteste Zustimmung der ganzen Versammlung.)

Stadtschulrath Fürstena u bestrittet letzteres nicht, nimmt aber auch für den Magistrat dasselbe Recht der freien Meinungsäußerung in Anspruch.

Stadtv. Friedemann hofft, der Magistrat werde Veranlassung nehmen, den Behauptungen nachzugehen und, wenn es sich herausstelle, daß die Schule in dieser unzulässigen Weise gehandhabt sei, um den Antisemitismus in die Herzen der Kinder einzupflanzen, energische Schritte dagegen zu thun.

Stadtv. Niemer bemerkt, daß es mit dem Anrufen der Ausschäftsbehörde eine eigene Bewandnis habe. Auf seine Beschwerde über den Stadtv. Gering beim Provinzial-Schulkollegium aus Anlaß eines Kontrastes mit demselben in der Schuldeputation sei er zunächst 6 Monate ohne Antwort gelassen und dann abgesehen worden.

Stadtv. Gerstenberg giebt noch den guten Rath, daß es doch das Richtige wäre, zunächst mit dem Direktor zu sprechen. (Heiterkeit.)

Damit schließt dieser Zwischenfall, und das Kapitel wird bewilligt, ebenso die Kapitel „höhere Mädchenschulen“, „Turnhallen, Spielplätze und verschiedene sonstige Veranstaltungen für das höhere Schulwesen.“

Ueber die Spezialetat für das niedere Schulwesen, sowie über die Kapitel „Befoldungen“ und „Geschäftsbedürfnisse und Projektskosten“ referirt Stadtv. Singer.

Die Etat der Gemeindefschulen, der Taubstummenschule und der Blindenanstalt werden mit geringfügigen Aenderungen genehmigt.

Beim Kapitel der Befoldungen der Magistratsmitglieder wird auf einstimigen Antrag des Ausschusses das Gehalt des Bürgermeisters Kirchner von 15 000 auf 18 000 M. erhöht.

Im Personalbefoldungs-Etat, der gegenwärtig vollständig nach dem System der Dienstaltersstufen aufgestellt ist, hat der Magistrat eine Befoldung des Anrätors der früheren Sekretäre I. Klasse und der geprüften Sekretäre vorgeschlagen, welche jedoch von der Versammlung auf Vorschlag des Ausschusses abgelehnt wird. Ueber die Petition der Magistrats-Bureau-assistenten um Aufbesserung ihrer Gehälter wird zur Tagesordnung übergegangen, dagegen hat der Ausschuss die seit dreizehn Jahren nicht gestiegene Befoldung von 4200 M. des Erziehungsinspektors Wiper bei der Idiotenanstalt in Dollberg als unzulänglich angesehen und schlägt vor, den Magistrat um eine Vorlage behufs Aufbesserung dieser Befoldung zu ersuchen.

Es wird demgemäß beschloffen, auch der Magistrat ferner ersucht, Erwägungen darüber anzustellen, inwiefern die Schreibgebühren herabgemindert werden können. Im übrigen werden die Etatsansätze durchweg nach den Ausschussvorschlügen genehmigt.

Der Ankauf des Grundstücks Friedrichstr. 104a zur Verbreiterung des Weidenbammes und der Zufahrt zur neuen Weidenbammer Brücke wird beschloffen.

Die Vorlage betr. die Anlage von Brausebädern in drei Gemeindefschulen wird verschoben bis nach erfolgter Besichtigung

der Brausebad-Anlagen in der Schule in der Köhlerstraße, zu welcher Besichtigung der Magistrat die Versammlung auf Montag, den 25. März, vormittags 11—1 Uhr, einladet.

Auf der Tagesordnung der geheimen Sitzung stehen u. a. die Vorlage betr. die Entbindung des Eigentümers Quandt von dem Amt als Armenkommissionsmitglied und die Vorlage betr. eine an den Fürsten Bismarck zu richtende Glückwunsch-Adresse.

Stadtv. Singer beantragt, über diese beiden Gegenstände in öffentlicher Sitzung zu verhandeln.

Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung muß über diesen Antrag in geheimer Sitzung verhandelt werden.

Schluss der öffentlichen Sitzung 7/7 Uhr.

Wie wir noch erfahren, ist der Antrag Singer abgelehnt worden.

Lokales.

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer geheimen Sitzung die Vertheilung an einer Glückwunschadresse an Bismarck abgelehnt. Der von sozialdemokratischer Seite gestellte Antrag, die Sache in öffentlicher Sitzung zu verhandeln, erwiderte in der Mannesbrust des zartfühlenden (Bier-)Meyer schwere Sorgen; er gab zu bedenken, welche den Jubilar verlegenden Bemerkungen in öffentlicher Sitzung gethan werden könnten, und daß schlug durch, der Antrag wurde abgelehnt.

In der Diskussion wies Singer namens unserer Parteigenossen die Zustimmung weit von sich, den Mann der Protvertheuerung und des keinen Beförderungszustandes zu beweiheuchern. Eine solche That läme einer Selbstverleugung gleich. Er wisse nicht, wer der Verfasser der vorliegenden Adresse sei, aber müsse es aufs tiefste bedauern, daß überhaupt ein Mitglied des Magistrats ein derartiges Nachwerk verfaßt habe.

Dem von unserer Seite gestellten Ersuchen, das Monstrum zu verlesen, wurde keine Folge gegeben, da man den schlechten Eindruck fürchtete; Herr Zelle beehrte sich, entschuldigend zu erklären, daß der Entwurf ja nur ein vorläufiger wäre.

Nach langer Debatte wurde trotz der Warnung des Herrn Oberbürgermeisters, daß im Falle der Ablehnung seitens der Versammlung es durchaus nicht sicher sei, ob der Magistrat seinerseits auf der Abfindung beharre, die Adresse abgelehnt. Immerhin fanden sich 42 anghliberale Mannesgeelen, welche mitthun wollten.

Ob der Magistrat unnmehr seine schreckliche Drohung wahr machen und die ganze Adresse ins Wasser fallen lassen wird?

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Verberathung der Frage über die Frequenz in den hiesigen Gemeindefschulen und die sich aus denselben für den Bau neuer Schulen ergebenden Resultate hat unter Vorsitz des Stadtverordneten Dr. Schwalbe am Dienstag beschloffen, der Versammlung zu empfehlen, den Magistrat zu ersuchen, er möge in Erwägung nehmen, ob eine oder mehrere Gemeindefschulen im Innern der Stadt nach und nach eingezogen werden können, und der Versammlung eine diesbezügliche Vorlage zu machen.

Der „Verein zur Besserung der Strafgefangenen“

hat seit Anfang des Jahres 1895 von 672 felleisenden Strafentlassenen 414 untergebracht, davon allein 341 als Landarbeiter. Die Nachfrage nach Landarbeitern steigt, wie wieder einmal gemeldet wird, fortgesetzt bei dem Verein. Besonders finden die Strafentlassenen immer mehr Anhang bei den nothleidenden Großgrundbesitzern Hinterpommerns, von denen wir schon vor einiger Zeit mittheilen konnten, daß auch sie allmählig den Werth der Thätigkeit des Vereins auszuweisen und zu würdigen beginnen, nachdem ihnen ihre grundbesitzenden Leidensgenossen in Mecklenburg und Westpreußen vorangegangen sind. Jetzt werden sogar schon weibliche Personen für das Land vom Verein verlangt. So vollzieht sich ein Kreislauf der Arbeitskräfte, der manchen Leuten sehr erwünscht sein mag. Erst werden die Landarbeiter durch schlechte Bezahlung und nichtswürdige Behandlung in die Großstadt getrieben, wo sie das schon längst mehr als übergroße Angebot von Arbeitskräften noch mehr steigern; und wenn sie dann, im Konkurrenzampfe unterlegen, getrauert sind, dann schafft sie der Verein wieder zurück aufs Land. Sie sind jetzt billiger und williger, — also ganz so, wie sie ein nothleidender Großgrundbesitzer braucht. Billiger sind sie, weil sie nicht nur durch den Mangel, den ihnen ihre Verfassung in den Augen der meisten Arbeitgeber angeheftet hat, beinahe die Aussicht auf ein Fortkommen verloren haben, sondern auch durch die Noth, durch das Gefängnis und durch den Verein überhaupt „mürbe“ gemacht worden sind. Billiger sind sie, weil sie auf dem Arbeitsmarkt eine Ausschussware darstellen, die ein vorsichtiger Käufer mit misstrauischen Blick betrachtet, weil sie anrüchig erscheint und unangehlich geworden ist. Aber ein kluger Landwirth weiß, daß die Arbeitskraft dieser Unglücklichen noch nicht so weit durch Noth und Gefängnis geschwächt ist, daß sie nicht noch, in anbeacht des niedrigen Preises, eine ganz annehmbare Waare sein sollte. Die Strafentlassenen verdrängen nun allerdings andere Landarbeiter; aber dann wandern eben neue Schaaeren, durch die Profitwuth des Großgrundbesitzes um Arbeit und Brot gebracht, vom Lande in die Großstadt, um später gleichfalls als Ausschussware, die keinen Abnehmer fand und schließlich Schaden gestiftet hat, zu Ramschpreisen zurückerpedirt zu werden. Es handelt sich bei diesem Kreislauf um eine Wechselwirkung, die, wenn sie lange andauert, die Lage der Landarbeiter noch mehr herabdrücken muß, so daß der Verein schließlich nur den Landwirthern nützt, den Arbeitern aber schweren Schaden zufügt. Hineingedrängt in diesen Zug, oder richtiger: Saub, nach dem Lande werden auch solche Strafentlassenen, die gar nicht von hause aus Landarbeiter sind, sondern ein Handwerk gelernt haben oder früher Kutscher, Hausdiener, Kaufleute u. s. w. waren. Der Verein bringt sie mit Absicht auf das Land, um, wie er sagt, sie dem gefährlichen Pflaster der Großstadt zu entziehen. Er macht dadurch sein Arbeitsnachweise-Bureau vollends zu einer Land-, Erd- und Ziegeleiarbeiter-Preise, unbekümmert darum, was die ihrem früheren Beruf nun gänzlich entfremdeten Strafentlassenen dann anfangen sollen, wenn später auch sie einmal durch einen noch billigeren Nachschub verdrängt werden. Bei Handwertern werden nur wenige Pfleglinge untergebracht, zum Beispiel seit Beginn des Jahres 1895 nur 27, und zwar handelt es sich hier vielfach noch um Lehrlinge. Daß die Handwerker der Strafentlassenen noch misstrauischer gegenüberstehen als die Landwirthe, dürfte der Verein kaum ernstlich bezweifeln. Im letzten Jahresbericht (über 1893) bezeichnert er es geradezu als „eine erfreuliche Erscheinung“, daß es ihm gelungen ist, einen nicht unbeträchtlichen Theil der aus Berlin stammenden Jugendlichen für die landwirthschaftliche Thätigkeit zu gewinnen. Es liegt ihm also gar nicht so viel an der Abwanderung des Handwerks, er hält es vielmehr, wie gefagt, für seine Hauptaufgabe, dem „Arbeitermangel“ auf dem Lande abzuhelfen.

Der Großen Berliner Bierdeisenbahn-Gesellschaft ist unnmehr seitens des Magistrats unter Zustimmung der Ortstrassenbahnpolizei die Genehmigung zur Anlage einer Bierdeisenbahn von der Thurmstraße nach Pflögensee nach Maßgabe des erweiterten Entwurfs ertheilt worden.

Ueber ein Geschäft zur Verhülfe bei Duellmorden und dito Mordversuchen wies eine Lokalcorrespondenz die folgenden lieblichen Geschichten auszuwandern: Zur Lieferung von Duellwaffen besteht hier in der Karlstraße ein Geschäft, dessen andere Ansicht allerdings keinen Schluss auf die vielseitige innere Einrichtung zuläßt. Das Schaufenster ist in buntem Durcheinander

vor, Rosenstraße 67 bei Bernau - Gesellschaft, Hennigsdorf, Schermer's Wohnhaus. - Orante, Weihenstepfer, Königschloß 41 bei Prenzl. - Sodann, Küdersdorferstr. 45, Weihenstepfer's Wohnhaus. - Sängerverein Sorgenfrei, Mühlstr. 180, Wärfelder Hof. - Sangeskreis, Tragenstr. Nr. 22 bei Kammtow. - Gefangenen Wache auf 1. Wöhrthstraße Nr. 19 bei Schumb. - Gefangenen- und Arbeitervereine Straßener Liebertafel, Mummelsburg, Hauptstraße 83 bei Kommler (Gefang.). - Gefangenen-Treu und Günstig, Richter, Prinz-Bandierstraße Nr. 65 bei Reben. - Gefangenen-Treu und Günstig, Mummelsburg, Götterstraße, Ecke Kautzstraße, bei Reben. - Gefangenen-Treu der Metallarbeiter (Oh), Blumenstr. 46. - Sorgenfrei, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 71 bei Krause. - Eintracht, Genschaße, Hirschenstraße 77 bei Kautz. - Kautztheater, Wöhrthstr. 47. - Harmonik, Götterstraße 22a bei Witt. - Sorgenfrei, Berlin W., Genschaße 110 bei Reiner. - **Band der gesungenen Arbeitervereine Berlin und Umgebung.** Die Auftritte sind zu finden an: 9. u. 11. u. 13. u. 15. u. 17. u. 19. u. 21. u. 23. u. 25. u. 27. u. 29. u. 31. u. 33. u. 35. u. 37. u. 39. u. 41. u. 43. u. 45. u. 47. u. 49. u. 51. u. 53. u. 55. u. 57. u. 59. u. 61. u. 63. u. 65. u. 67. u. 69. u. 71. u. 73. u. 75. u. 77. u. 79. u. 81. u. 83. u. 85. u. 87. u. 89. u. 91. u. 93. u. 95. u. 97. u. 99. u. 101. u. 103. u. 105. u. 107. u. 109. u. 111. u. 113. u. 115. u. 117. u. 119. u. 121. u. 123. u. 125. u. 127. u. 129. u. 131. u. 133. u. 135. u. 137. u. 139. u. 141. u. 143. u. 145. u. 147. u. 149. u. 151. u. 153. u. 155. u. 157. u. 159. u. 161. u. 163. u. 165. u. 167. u. 169. u. 171. u. 173. u. 175. u. 177. u. 179. u. 181. u. 183. u. 185. u. 187. u. 189. u. 191. u. 193. u. 195. u. 197. u. 199. u. 201. u. 203. u. 205. u. 207. u. 209. u. 211. u. 213. u. 215. u. 217. u. 219. u. 221. u. 223. u. 225. u. 227. u. 229. u. 231. u. 233. u. 235. u. 237. u. 239. u. 241. u. 243. u. 245. u. 247. u. 249. u. 251. u. 253. u. 255. u. 257. u. 259. u. 261. u. 263. u. 265. u. 267. u. 269. u. 271. u. 273. u. 275. u. 277. u. 279. u. 281. u. 283. u. 285. u. 287. u. 289. u. 291. u. 293. u. 295. u. 297. u. 299. u. 301. u. 303. u. 305. u. 307. u. 309. u. 311. u. 313. u. 315. u. 317. u. 319. u. 321. u. 323. u. 325. u. 327. u. 329. u. 331. u. 333. u. 335. u. 337. u. 339. u. 341. u. 343. u. 345. u. 347. u. 349. u. 351. u. 353. u. 355. u. 357. u. 359. u. 361. u. 363. u. 365. u. 367. u. 369. u. 371. u. 373. u. 375. u. 377. u. 379. u. 381. u. 383. u. 385. u. 387. u. 389. u. 391. u. 393. u. 395. u. 397. u. 399. u. 401. u. 403. u. 405. u. 407. u. 409. u. 411. u. 413. u. 415. u. 417. u. 419. u. 421. u. 423. u. 425. u. 427. u. 429. u. 431. u. 433. u. 435. u. 437. u. 439. u. 441. u. 443. u. 445. u. 447. u. 449. u. 451. u. 453. u. 455. u. 457. u. 459. u. 461. u. 463. u. 465. u. 467. u. 469. u. 471. u. 473. u. 475. u. 477. u. 479. u. 481. u. 483. u. 485. u. 487. u. 489. u. 491. u. 493. u. 495. u. 497. u. 499. u. 501. u. 503. u. 505. u. 507. u. 509. u. 511. u. 513. u. 515. u. 517. u. 519. u. 521. u. 523. u. 525. u. 527. u. 529. u. 531. u. 533. u. 535. u. 537. u. 539. u. 541. u. 543. u. 545. u. 547. u. 549. u. 551. u. 553. u. 555. u. 557. u. 559. u. 561. u. 563. u. 565. u. 567. u. 569. u. 571. u. 573. u. 575. u. 577. u. 579. u. 581. u. 583. u. 585. u. 587. u. 589. u. 591. u. 593. u. 595. u. 597. u. 599. u. 601. u. 603. u. 605. u. 607. u. 609. u. 611. u. 613. u. 615. u. 617. u. 619. u. 621. u. 623. u. 625. u. 627. u. 629. u. 631. u. 633. u. 635. u. 637. u. 639. u. 641. u. 643. u. 645. u. 647. u. 649. u. 651. u. 653. u. 655. u. 657. u. 659. u. 661. u. 663. u. 665. u. 667. u. 669. u. 671. u. 673. u. 675. u. 677. u. 679. u. 681. u. 683. u. 685. u. 687. u. 689. u. 691. u. 693. u. 695. u. 697. u. 699. u. 701. u. 703. u. 705. u. 707. u. 709. u. 711. u. 713. u. 715. u. 717. u. 719. u. 721. u. 723. u. 725. u. 727. u. 729. u. 731. u. 733. u. 735. u. 737. u. 739. u. 741. u. 743. u. 745. u. 747. u. 749. u. 751. u. 753. u. 755. u. 757. u. 759. u. 761. u. 763. u. 765. u. 767. u. 769. u. 771. u. 773. u. 775. u. 777. u. 779. u. 781. u. 783. u. 785. u. 787. u. 789. u. 791. u. 793. u. 795. u. 797. u. 799. u. 801. u. 803. u. 805. u. 807. u. 809. u. 811. u. 813. u. 815. u. 817. u. 819. u. 821. u. 823. u. 825. u. 827. u. 829. u. 831. u. 833. u. 835. u. 837. u. 839. u. 841. u. 843. u. 845. u. 847. u. 849. u. 851. u. 853. u. 855. u. 857. u. 859. u. 861. u. 863. u. 865. u. 867. u. 869. u. 871. u. 873. u. 875. u. 877. u. 879. u. 881. u. 883. u. 885. u. 887. u. 889. u. 891. u. 893. u. 895. u. 897. u. 899. u. 901. u. 903. u. 905. u. 907. u. 909. u. 911. u. 913. u. 915. u. 917. u. 919. u. 921. u. 923. u. 925. u. 927. u. 929. u. 931. u. 933. u. 935. u. 937. u. 939. u. 941. u. 943. u. 945. u. 947. u. 949. u. 951. u. 953. u. 955. u. 957. u. 959. u. 961. u. 963. u. 965. u. 967. u. 969. u. 971. u. 973. u. 975. u. 977. u. 979. u. 981. u. 983. u. 985. u. 987. u. 989. u. 991. u. 993. u. 995. u. 997. u. 999. u. 1001. u. 1003. u. 1005. u. 1007. u. 1009. u. 1011. u. 1013. u. 1015. u. 1017. u. 1019. u. 1021. u. 1023. u. 1025. u. 1027. u. 1029. u. 1031. u. 1033. u. 1035. u. 1037. u. 1039. u. 1041. u. 1043. u. 1045. u. 1047. u. 1049. u. 1051. u. 1053. u. 1055. u. 1057. u. 1059. u. 1061. u. 1063. u. 1065. u. 1067. u. 1069. u. 1071. u. 1073. u. 1075. u. 1077. u. 1079. u. 1081. u. 1083. u. 1085. u. 1087. u. 1089. u. 1091. u. 1093. u. 1095. u. 1097. u. 1099. u. 1101. u. 1103. u. 1105. u. 1107. u. 1109. u. 1111. u. 1113. u. 1115. u. 1117. u. 1119. u. 1121. u. 1123. u. 1125. u. 1127. u. 1129. u. 1131. u. 1133. u. 1135. u. 1137. u. 1139. u. 1141. u. 1143. u. 1145. u. 1147. u. 1149. u. 1151. u. 1153. u. 1155. u. 1157. u. 1159. u. 1161. u. 1163. u. 1165. u. 1167. u. 1169. u. 1171. u. 1173. u. 1175. u. 1177. u. 1179. u. 1181. u. 1183. u. 1185. u. 1187. u. 1189. u. 1191. u. 1193. u. 1195. u. 1197. u. 1199. u. 1201. u. 1203. u. 1205. u. 1207. u. 1209. u. 1211. u. 1213. u. 1215. u. 1217. u. 1219. u. 1221. u. 1223. u. 1225. u. 1227. u. 1229. u. 1231. u. 1233. u. 1235. u. 1237. u. 1239. u. 1241. u. 1243. u. 1245. u. 1247. u. 1249. u. 1251. u. 1253. u. 1255. u. 1257. u. 1259. u. 1261. u. 1263. u. 1265. u. 1267. u. 1269. u. 1271. u. 1273. u. 1275. u. 1277. u. 1279. u. 1281. u. 1283. u. 1285. u. 1287. u. 1289. u. 1291. u. 1293. u. 1295. u. 1297. u. 1299. u. 1301. u. 1303. u. 1305. u. 1307. u. 1309. u. 1311. u. 1313. u. 1315. u. 1317. u. 1319. u. 1321. u. 1323. u. 1325. u. 1327. u. 1329. u. 1331. u. 1333. u. 1335. u. 1337. u. 1339. u. 1341. u. 1343. u. 1345. u. 1347. u. 1349. u. 1351. u. 1353. u. 1355. u. 1357. u. 1359. u. 1361. u. 1363. u. 1365. u. 1367. u. 1369. u. 1371. u. 1373. u. 1375. u. 1377. u. 1379. u. 1381. u. 1383. u. 1385. u. 1387. u. 1389. u. 1391. u. 1393. u. 1395. u. 1397. u. 1399. u. 1401. u. 1403. u. 1405. u. 1407. u. 1409. u. 1411. u. 1413. u. 1415. u. 1417. u. 1419. u. 1421. u. 1423. u. 1425. u. 1427. u. 1429. u. 1431. u. 1433. u. 1435. u. 1437. u. 1439. u. 1441. u. 1443. u. 1445. u. 1447. u. 1449. u. 1451. u. 1453. u. 1455. u. 1457. u. 1459. u. 1461. u. 1463. u. 1465. u. 1467. u. 1469. u. 1471. u. 1473. u. 1475. u. 1477. u. 1479. u. 1481. u. 1483. u. 1485. u. 1487. u. 1489. u. 1491. u. 1493. u. 1495. u. 1497. u. 1499. u. 1501. u. 1503. u. 1505. u. 1507. u. 1509. u. 1511. u. 1513. u. 1515. u. 1517. u. 1519. u. 1521. u. 1523. u. 1525. u. 1527. u. 1529. u. 1531. u. 1533. u. 1535. u. 1537. u. 1539. u. 1541. u. 1543. u. 1545. u. 1547. u. 1549. u. 1551. u. 1553. u. 1555. u. 1557. u. 1559. u. 1561. u. 1563. u. 1565. u. 1567. u. 1569. u. 1571. u. 1573. u. 1575. u. 1577. u. 1579. u. 1581. u. 1583. u. 1585. u. 1587. u. 1589. u. 1591. u. 1593. u. 1595. u. 1597. u. 1599. u. 1601. u. 1603. u. 1605. u. 1607. u. 1609. u. 1611. u. 1613. u. 1615. u. 1617. u. 1619. u. 1621. u. 1623. u. 1625. u. 1627. u. 1629. u. 1631. u. 1633. u. 1635. u. 1637. u. 1639. u. 1641. u. 1643. u. 1645. u. 1647. u. 1649. u. 1651. u. 1653. u. 1655. u. 1657. u. 1659. u. 1661. u. 1663. u. 1665. u. 1667. u. 1669. u. 1671. u. 1673. u. 1675. u. 1677. u. 1679. u. 1681. u. 1683. u. 1685. u. 1687. u. 1689. u. 1691. u. 1693. u. 1695. u. 1697. u. 1699. u. 1701. u. 1703. u. 1705. u. 1707. u. 1709. u. 1711. u. 1713. u. 1715. u. 1717. u. 1719. u. 1721. u. 1723. u. 1725. u. 1727. u. 1729. u. 1731. u. 1733. u. 1735. u. 1737. u. 1739. u. 1741. u. 1743. u. 1745. u. 1747. u. 1749. u. 1751. u. 1753. u. 1755. u. 1757. u. 1759. u. 1761. u. 1763. u. 1765. u. 1767. u. 1769. u. 1771. u. 1773. u. 1775. u. 1777. u. 1779. u. 1781. u. 1783. u. 1785. u. 1787. u. 1789. u. 1791. u. 1793. u. 1795. u. 1797. u. 1799. u. 1801. u. 1803. u. 1805. u. 1807. u. 1809. u. 1811. u. 1813. u. 1815. u. 1817. u. 1819. u. 1821. u. 1823. u. 1825. u. 1827. u. 1829. u. 1831. u. 1833. u. 1835. u. 1837. u. 1839. u. 1841. u. 1843. u. 1845. u. 1847. u. 1849. u. 1851. u. 1853. u. 1855. u. 1857. u. 1859. u. 1861. u. 1863. u. 1865. u. 1867. u. 1869. u. 1871. u. 1873. u. 1875. u. 1877. u. 1879. u. 1881. u. 1883. u. 1885. u. 1887. u. 1889. u. 1891. u. 1893. u. 1895. u. 1897. u. 1899. u. 1901. u. 1903. u. 1905. u. 1907. u. 1909. u. 1911. u. 1913. u. 1915. u. 1917. u. 1919. u. 1921. u. 1923. u. 1925. u. 1927. u. 1929. u. 1931. u. 1933. u. 1935. u. 1937. u. 1939. u. 1941. u. 1943. u. 1945. u. 1947. u. 1949. u. 1951. u. 1953. u. 1955. u. 1957. u. 1959. u. 1961. u. 1963. u. 1965. u. 1967. u. 1969. u. 1971. u. 1973. u. 1975. u. 1977. u. 1979. u. 1981. u. 1983. u. 1985. u. 1987. u. 1989. u. 1991. u. 1993. u. 1995. u. 1997. u. 1999. u. 2001. u. 2003. u. 2005. u. 2007. u. 2009. u. 2011. u. 2013. u. 2015. u. 2017. u. 2019. u. 2021. u. 2023. u. 2025. u. 2027. u. 2029. u. 2031. u. 2033. u. 2035. u. 2037. u. 2039. u. 2041. u. 2043. u. 2045. u. 2047. u. 2049. u. 2051. u. 2053. u. 2055. u. 2057. u. 2059. u. 2061. u. 2063. u. 2065. u. 2067. u. 2069. u. 2071. u. 2073. u. 2075. u. 2077. u. 2079. u. 2081. u. 2083. u. 2085. u. 2087. u. 2089. u. 2091. u. 2093. u. 2095. u. 2097. u. 2099. u. 2101. u. 2103. u. 2105. u. 2107. u. 2109. u. 2111. u. 2113. u. 2115. u. 2117. u. 2119. u. 2121. u. 2123. u. 2125. u. 2127. u. 2129. u. 2131. u. 2133. u. 2135. u. 2137. u. 2139. u. 2141. u. 2143. u. 2145. u. 2147. u. 2149. u. 2151. u. 2153. u. 2155. u. 2157. u. 2159. u. 2161. u. 2163. u. 2165. u. 2167. u. 2169. u. 2171. u. 2173. u. 2175. u. 2177. u. 2179. u. 2181. u. 2183. u. 2185. u. 2187. u. 2189. u. 2191. u. 2193. u. 2195. u. 2197. u. 2199. u. 2201. u. 2203. u. 2205. u. 2207. u. 2209. u. 2211. u. 2213. u. 2215. u. 2217. u. 2219. u. 2221. u. 2223. u. 2225. u. 2227. u. 2229. u. 2231. u. 2233. u. 2235. u. 2237. u. 2239. u. 2241. u. 2243. u. 2245. u. 2247. u. 2249. u. 2251. u. 2253. u. 2255. u. 2257. u. 2259. u. 2261. u. 2263. u. 2265. u. 2267. u. 2269. u. 2271. u. 2273. u. 2275. u. 2277. u. 2279. u. 2281. u. 2283. u. 2285. u. 2287. u. 2289. u. 2291. u. 2293. u. 2295. u. 2297. u. 2299. u. 2301. u. 2303. u. 2305. u. 2307. u. 2309. u. 2311. u. 2313. u. 2315. u. 2317. u. 2319. u. 2321. u. 2323. u. 2325. u. 2327. u. 2329. u. 2331. u. 2333. u. 2335. u. 2337. u. 2339. u. 2341. u. 2343. u. 2345. u. 2347. u. 2349. u. 2351. u. 2353. u. 2355. u. 2357. u. 2359. u. 2361. u. 2363. u. 2365. u. 2367. u. 2369. u. 2371. u. 2373. u. 2375. u. 2377. u. 2379. u. 2381. u. 2383. u. 2385. u. 2387. u. 2389. u. 2391. u. 2393. u. 2395. u. 2397. u. 2399. u. 2401. u. 2403. u. 2405. u. 2407. u. 2409. u. 2411. u. 2413. u. 2415. u. 2417. u. 2419. u. 2421. u. 2423. u. 2425. u. 2427. u. 2429. u. 2431. u. 2433. u. 2435. u. 2437. u. 2439. u. 2441. u. 2443. u. 2445. u. 2447. u. 2449. u. 2451. u. 2453. u. 2455. u. 2457. u. 2459. u. 2461. u. 2463. u. 2465. u. 2467. u. 2469. u. 2471. u. 2473. u. 2475. u. 2477. u. 2479. u. 2481. u. 2483. u. 2485. u. 2487. u. 2489. u. 2491. u. 2493. u. 2495. u. 2497. u. 2499. u. 2501. u. 2503. u. 2505. u. 2507. u. 2509. u. 2511. u. 2513. u. 2515. u. 2517. u. 2519. u. 2521. u. 2523. u. 2525. u. 2527. u. 2529. u. 2531. u. 2533. u. 2535. u. 2537. u. 2539. u. 2541. u. 2543. u. 2545. u. 2547. u. 2549. u. 2551. u. 2553. u. 2555. u. 2557. u. 2559. u. 2561. u. 2563. u. 2565. u. 2567. u. 2569. u. 2571. u. 2573. u. 2575. u. 2577. u. 2579. u. 2581. u. 2583. u. 2585. u. 2587. u. 2589. u. 2591. u. 2593. u. 2595. u. 2597. u. 2599. u. 2601. u. 2603. u. 2605. u. 2607. u. 2609. u. 2611. u. 2613. u. 2615. u. 2617. u. 2619. u. 2621. u. 2623. u. 2625. u. 2627. u. 2629. u. 2631. u. 2633. u. 2635. u. 2637. u. 2639. u. 2641. u. 2643. u. 2645. u. 2647. u. 2649. u. 2651. u. 2653. u. 2655. u. 2657. u. 2659. u. 2661. u. 2663. u. 2665. u. 2667. u. 2669. u. 2671. u. 2673. u. 2675. u. 2677. u. 2679. u. 2681. u. 2683. u. 2685. u. 2687. u. 2689. u. 2691. u. 2693. u. 2695. u. 2697. u. 2699. u. 2701. u. 2703. u. 2705. u. 2707. u. 2709. u. 2711. u. 2713. u. 2715. u. 2717. u. 2719. u. 2721. u. 2723. u. 2725. u. 2727. u. 2729. u. 2731. u. 2733. u. 2735. u. 2737. u. 2739. u. 2741. u. 2743. u. 2745. u. 2747. u. 2749. u. 2751. u. 2753. u. 2755. u. 2757. u. 2759. u. 2761. u. 2763. u. 2765. u. 2767. u. 2769. u. 2771. u. 2773. u. 2775. u. 2777. u. 2779. u. 2781. u. 2783. u. 2785. u. 2787. u. 2789. u. 2791. u. 2793. u. 2795. u. 2797. u. 2799. u. 2801. u. 2803. u. 2805. u. 2807. u. 2809. u. 2811. u. 2813. u. 2815. u. 2817. u. 2819. u. 2821. u. 2823. u. 2825. u. 2827. u. 2829. u. 2831. u. 2833. u. 2835. u. 2837. u. 2839. u. 2841. u. 2843. u. 2845. u. 2847. u. 2849. u. 2851. u. 2853. u. 2855. u. 2857. u. 2859. u. 2861. u. 2863. u. 2865. u. 2867. u. 2869. u. 2871. u. 2873. u. 2875. u. 2877. u. 2879. u. 2881. u. 2883. u. 2885. u. 2887. u. 2889. u. 2891. u. 2893. u. 2895. u. 2897. u. 2899. u. 2901. u. 2903. u. 2905. u. 2907. u. 2909. u. 2911. u. 2913. u. 2915. u. 2917. u. 2919. u. 2921. u. 2923. u. 2925. u. 2927. u. 2929. u. 2931. u. 2933. u. 2935. u. 2937. u. 2939. u. 2941. u. 2943. u. 2945. u. 2947. u. 2949. u. 2951. u. 2953. u. 2955. u. 2957. u. 2959. u. 2961. u. 2963. u. 2965. u. 2967. u. 2969. u. 2971. u. 2973. u. 2975. u. 2977. u. 2979. u. 2981. u. 2983. u. 2985. u. 2987. u. 2989. u. 2991. u. 2993. u. 2995. u. 2997. u. 2999. u. 3001. u. 3003. u. 3005. u. 3007. u. 3009. u. 3011. u. 3013. u. 3015. u. 3017. u. 3019. u. 3021. u. 3023. u. 3025. u. 3027. u. 3029. u. 3031. u. 3033. u. 3035. u. 3037. u. 3039. u. 3041. u. 3043. u. 3045. u. 3047. u. 3049. u. 3051. u. 3053. u. 3055. u. 3057. u. 3059. u. 3061. u. 3063. u. 3065. u. 3067. u. 3069. u. 3071. u. 3073. u. 3075. u. 3077. u. 3079. u. 3081. u. 3083. u. 3085. u. 3087. u. 3089. u. 3091. u. 3093. u. 3095. u. 3097. u. 3099. u. 3101. u. 3103. u. 3105. u. 3107. u. 3109. u. 3111. u. 3113. u. 3115. u. 3117. u. 3119. u. 3121. u. 3123. u. 3125. u. 3127. u. 3129. u. 3131. u. 3133. u. 3135. u. 3137. u. 3139. u

Parlamentenberichte.

Herrenhaus.

9. Sitzung vom 14. März, 2 Uhr.

Am Regierungstische: Thiele.
Den Vorsitz führt an Stelle des erkrankten Fürsten Otto zu Stolberg-Wernigerode der erste Vizepräsident Freiherr v. Manteuffel.

Am 19. Januar ist der zweite Vizepräsident des Hauses, Oberbürgermeister Böttcher-Magdeburg, verstorben. Der Vorsitzende widmet ihm einen warm empfundenen Nachruf. Ferner sind verstorben die Herren Graf v. Werthern-Beichlingen, Graf von der Schulenburg-Wolfsburg, Kronsyndikus Grimm, Fürst zu Rheina-Wolbeck und General-Landschafts-Direktor von Kirber. Das Haus ehrt das Andenken an die dahingegangenen Mitglieder in der üblichen Weise.

Der Eisenbahn-Minister hat auch an das Herrenhaus das Ersuchen gerichtet, die Beratung des Etats im Interesse der vor dem 1. April zu vollziehenden Organisationsänderungen thunlichst zu beschleunigen.

Neu berufen sind die Herren Anton Graf zu Stolberg-Wernigerode auf Peterswaldau und Graf Seidlitz-Sandrezki auf Langenbielau.

Minister der öffentlichen Arbeiten Thiele bittet im Anschluß an das oben erwähnte Schreiben um gütige Rücksicht dafür, daß er aus der Nothlage der Verwaltung heraus gezwungen worden ist, schon vor der Verabschiedung des Etats für 1895/96 diejenigen organisatorischen Maßregeln zu verfügen, welche durch die äußere und innere Umgestaltung der Organisation der Eisenbahn-Verwaltung zum 1. April erforderlich werden. Er hofft, daß das Herrenhaus wie das Abgeordnetenhaus den obwaltenden außerordentlichen Verhältnissen Rechnung tragen und über den eingeschlagenen, den strengen konstitutionellen Begriffen nicht ganz entsprechenden Modus diesmal hinwegsehen wird.

Ueber den Bericht betr. die Ergebnisse des Betriebes der preussischen Staats-Eisenbahnen im Betriebsjahre 1893/94 referirt namentlich der Eisenbahnkommission Oberbürgermeister Küpper-Krefeld. Er beantragt, den Bericht durch Kenntnisaufnahme für erledigt zu erklären. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Ebenso wird der Bericht über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung während des Zeitraumes vom 1. Oktober 1893 bis dahin 1894 durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt, desgleichen noch dem Referat des Bürgermeisters Hammer-Brandenburg die übersichtliche Darstellung des Ergebnisses der 1894 stattgehabten Verhandlungen des Landes-Eisenbahn-Raths.

Dieselbe Kommission hat über eine große Anzahl von Petitionen landwirtschaftlicher Vereine beraten, welche an das Haus das Ersuchen richten, zu veranlassen, daß die in den Direktionsbezirken Berlin, Breslau und Bromberg geltenden niedrigen Frachtsätze für lebendes Vieh auf das Gesamtgebiet der preussischen Staats-Eisenbahnen ausgedehnt und die generelle Einführung der Stofftarife in Erwägung gezogen werde. Der Kommissionsantrag geht auf Ueberweisung an die Staatsregierung zur Erwägung. Der Gegenstand wird indes, da der Referent Graf Frankenberg an der Sitzung theilzunehmen verhindert ist, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Eine Petition des Vorstandes des Vereins deutscher Expediteure betreffend die von der Versammlung der Verkehrsinteressen in Bezug auf die Stofftarife für Eisenbahnen und Wasserstraßen gefaßten Resolutionen wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Herr v. Manteuffel bespricht sich darüber, daß das Haus ohne genügenden Arbeitspensum zusammenberufen ist, da der Etat doch in diesen Tagen noch nicht an das Haus gelangt.

Vizepräsident v. Manteuffel erwidert, daß zweifellos Fürst Stolberg gehofft habe, den Etat im Anschluß an die jetzigen Sitzungen zur Verhandlung zu bringen. Nach dem Verlauf der Arbeiten des anderen Hauses werde letzteres freilich erst in 10-12 Tagen geschehen können.

Schluß 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Petitionen.)

Abgeordnetenhaus.

49. Sitzung vom 14. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Miguel, Thiele, Schönstedt, v. Köller, v. Werleph.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Staatshaushaltsetats für 1895/96 und des dazu gehörigen Anleihegesetzes. Der Etat ist in zweiter Lesung völlig unverändert genehmigt.

Beim Etat der Eisenbahnverwaltung hält Abg. Cabenath (Z.) eine Gehaltsverhöhung für die Lokomotivführer für nötig und beklagt die Ueberlastung dieser Beamten, namentlich im Bezirk des Betriebsamts Wiesbaden.

Minister Thiele: Im ganzen Bereich der Eisenbahnverwaltung sind die Dienststunden der Beamten fest geregelt. Wird in Wiesbaden davon abgewichen, so hätte sich der Herr Abgeordnete mit seiner Beschwerde direkt an den Minister wenden sollen, anstatt sie hier vorzubringen. Der Ueberbürdung der Beamten wird sorgfältig vorgebeugt, bei jedem Betriebsunfall wird untersucht, wie lange die Beamten im Dienst gewesen sind. (Beifall rechts.)

Abg. v. Niepenhausen (L.) wünscht, daß den Eisenbahnbeamten mehr Sonntagsruhe gewährt werde.

Beim Etat des Ministeriums des Innern erklärt

Abg. v. Jedlitz (ref.) auf Ersuchen der Direktion des Deutschen Theaters, daß die Herren Singer und Liebschütz sich bei der ersten Aufführung der „Weber“ nicht durch Weisheit auszeichnen hätten. Er habe diese seine Behauptung aus Zeitungsberichten geschöpft, sich aber nunmehr überzeugt, daß andere Blätter, wie z. B. die „Voss. Ztg.“, die „Damb. Nachr.“, die „Kreuz-Ztg.“, andere Berichte darüber gebracht hätten. Der zweite Rang sei auch nicht vollständig von Sozialdemokraten besetzt gewesen. Er gebe zugleich sein Bedauern darüber Ausdruck, daß Blätter wie der „Vorwärts“ und das „Volk“ sich berufen gefühlt hätten, die Meinung zu verbreiten, als habe die königliche Staatsregierung den Versuch gemacht, auf die Integrität des Ober-Verwaltungsgerichts Einfluß zu üben. Ein so schwerer Vorwurf liege nicht im Staats- und im allgemeinen Interesse.

Abg. Graf Strachwitz (Z.) wiederholt seinen bereits bei der zweiten Lesung geäußerten Wunsch auf Beschränkung der Zarischbarkeiten auf dem Lande.

Minister v. Köller: Ich gebe zu, daß besonders auf dem platten Lande das junge Volk durch die vielen Tanzlustbarkeiten dazu verführt wird, seinen sauer erworbenen Lohn wegzugeben, anstatt ihn zu sparen. Ein allgemeines Regulativ über die Zulässigkeit, Unzulässigkeit oder Beschränkung der Tanzlustbarkeiten läßt sich nicht aufstellen, da die örtlichen Verhältnisse zu verschieden sind. Ich persönlich würde eine Beschränkung sehr gern sehen, die Entscheidung muß aber den lokalen Polizeibehörden überlassen bleiben. Müge viele Tanzerei in öffentlichen Lokalen

hätte ich nicht für ein Glück, es ist gut, wenn die Polizei dies etwas einschränkt.

Abg. Graf Strachwitz: Manche Arbeiter verlangen allein auf öffentlichen Tanzplätzen in einer Nacht 5-10 M., wenn jeder Tanz einen Groschen kostet. Der Minister muß diese Frage mit Ernst im Auge behalten.

Minister v. Köller: Ich fasse die Sache sehr ernst auf. Es ist zu beklagen, wenn die Burschen, anstatt sich etwas zu sparen, ihr Geld für Tänze verthun. Wenn auch ein Gastwirth behauptet, er beherberge eine geschlossene Gesellschaft, so muß doch die Polizei in jedem Fall entscheiden, ob dies zutrifft. Die Polizei entscheidet ja nicht endgültig, das Gericht hat noch die Entscheidung.

Abg. Göttsch (ref. Vg.): Eine allgemeine Tanzordnung für das Volk läßt sich nicht geben. (Weiterkeit.) Nachdem einmal ein Wahlkreis in Schlesien regierungsfeindlich gewählt hatte, wurde ein solches Verbot in Bezug auf Vergnügungen erlassen. (Rufe: Wo denn?) In Kosel, es ist schon lange her. (Große Weiterkeit.)

Beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung beantragten Abgg. Knebel, v. Treten und Genossen, die Regierung aufzufordern, in den Staatshaushalt für 1896/97 unter Kap. 14 des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den Gebirgsgegenden der Provinzen Rheinland und Westfalen, in welchen der Kleinbesitz vorherrscht (Künkrück, Hochwald, Westermwald, Vergisches und Sauerland), weitere Mittel einzusetzen.

Abg. v. Woyha (ref.) wünscht eine Ausdehnung des Antrages auch auf andere Landesheile, z. B. Posen und Schlesien, und beantragt die Ueberweisung des Antrages an die Budgetkommission.

Der Antrag Knebel wird an die Budgetkommission überwiesen.

Gegen 3 1/2 Uhr verläßt das Haus die weitere Berathung auf Freitag 11 Uhr. Außerdem stehen einige kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

Hodmező-Vasarhelyer Sozialisten-Prozess.

Vor Eintritt in die Verhandlung nimmt der Staatsanwalt Veranlassung, auf den Leitartikel der letzten Nummer der „Nepszava“ hinzuweisen, in welchem der Gerichtshof als Bourgeois-Gerichtshof hingestellt ist, und in welchem die Richter sowohl, als der Staatsanwalt auf das grösste beleidigt werden. Des weiteren verweist er auf den Ausweis über die Sammlungen zu dem Prozeß. Anschließend hieran überreicht er zwei Schreiben, welches eine an den Stadthauptmann Poka gerichtet ist, und in welchem derselbe bedroht wird, während er selbst in dem zweiten mit „gemeiner Schurke“ angesprochen wird. Die Briefe werden verlesen. Die „Nepszava“ verlesen hält der Vorsitzende für überflüssig, da dieselbe so verbreitet ist, daß den Inhalt des Artikels ein jeder kennen dürfte. — Vert h.: Ich verurtheile dieselben Beleidigungen und besonders persönliche Beleidigungen. Was die „Nepszava“ geschrieben hat, darüber spreche ich nicht. Was aber die Briefe anbetrifft, ist es nicht festzustellen, ob sie von Sozialdemokraten herrühren, was ich im übrigen auch bestritte. Es giebt böswillige Menschen, die eine solche Gelegenheit, wie dieser Prozeß, dazu benutzen, um im Trüben zu fischen, und da ich die Institution der agent provocateurs kenne, liegt es sehr nahe, daß die Hände solcher Leute hier im Spiele sind. Neulich erst hat übrigens die Volkspartei unter dem Namen der Sozialdemokratie ein Flugblatt herausgegeben, um das Volk irrezuführen, und genau so verhält es sich mit diesen Briefen. Ich bitte, die Briefe dem Wunsch des Staatsanwalts entsprechend den Akten beizuschließen, aber hinzuzusetzen, daß die Schreiber dieser Briefe unbekannt sind.

Der Staatsanwalt verwahrt sich dagegen, als ob die Briefe von behördlichen Organen herkämen. Weiter überreicht er eine Lohnliste vom Direktor der Károly-Máros-Zehrs-Hodmező-Kommission, aus welcher er die hohen Löhne der Arbeiter nachweisen will, und in welcher der Direktor Martin Fekete darüber klagt, daß er im vergangenen Jahre 8000 Arbeiter brauchte, die er aber — auch aus Hodmező-Vasarhely — nicht erhalten konnte.

Dem gegenüber legt der Verteidiger einen Brief vor, in welchem er sich dem Herrn Fekete im Juli des vorigen Jahres erdrosselt machte, die 8000 Arbeiter zu besorgen, der Herr Direktor ist ihm aber die Antwort auf diesen Brief auch heute noch schuldig. Er bestritt die Beweisstücke des Herrn Fekete. Alle eingereichten Schriftstücke werden den Akten beigelegt.

In der Vernehmung der Zeugen wird mit Michael Kovacs fortgefahren. Zeuge war in jener Versammlung, in der der Angeklagte Kenez sagte, das Haus Habsburg habe kein Recht in Ungarn.

Vert h.: Haben Sie nur den einen Satz aus der ganzen Rede behalten?

Zeuge: Ja!

Vert h.: Wie kommt das?

Zeuge: Schweigt.

Stefan Varga hat sein Steuerbuch abgegeben, aber nicht an Kovacs, sondern an Hegedüs. Der Zeuge entlastet Kovacs und darum erklärt ihn der Staatsanwalt als einen Fanatiker, gegen dessen Vertheidigung er Einwendungen macht.

Auf die Einsprüche des Vertheidigers wird Zeuge verurteilt. Einreich. Deszö, Polizeikorporal, war mit an der Herbeiführung der Ruhe thätig. Er hat mitgeholfen, die Masse aus dem Stadthaus zu entfernen. Er beschuldigt die Angeklagten Benzket, Beni, Merai und Borso der Theilnahme. — Vert h.: Wen haben Sie von den Leuten, die im Stadthaus waren, gefannt? — Zeuge: Niemand.

Andreas Kollar (Einjährig-Freiwilliger) behauptet, gehört zu haben, wie Frau Sz. Kovacs der Masse zurief, sie solle ihren Mann befreien und sah ferner, daß sie an dem Thorgrüner riß. Er kennt sie nicht; man habe nur gesagt, daß sie die Frau Sz. Kovacs. Auf die Frage des Vertheidigers giebt Zeuge zu, daß unter der Menge mindestens 25 Studenten waren. Er beschuldigt noch der Theilnahme Beni, Csatos und Disogegi.

Stefan Gyalai, Student, wiederholt die Aussage bezüglich der Frau Sz. Kovacs. Außerdem beschuldigt er Borso, Beni, Baron, Csatos, Riso, Borso und Variosa. Er war am 15. März 1894 in einer Versammlung, in der er hörte, daß Kovacs sagte: „Wenn es gegen die Herren geht, werde ich den Säbel umbinden und an der Spitze gehen, zu essen soll nur der haben, der arbeitet.“

Edon Grün, Student, war ebenfalls in jener Versammlung und hörte Kovacs sagen, daß die heutige Ordnung nichts taue, und daß er für sein Prinzip auch sein Blut vergießen würde. Er kann den Säbel ebenso gebrauchen, wie die Sense. Er beschuldigt sieben der Angeklagten, an der Revolte theilgenommen zu haben, da auch er dabei war.

Dezo Varga, Student, war auch in der Versammlung und sagt ebenso wie der vorhergehende Zeuge aus. Kovacs, erklärt er, hat gesagt, es giebt keine Gleichberechtigung.

Alexander Szorfi, Student, war bei der Versammlung

und wiederholt die Aussagen der Vorzeugen, außerdem hörte er, wie Kovacs sagte, die Herren, wenn sie verklagt werden, schmerzen die Richter und sind darum immer unschuldig. — Hier bittet Sz. Kovacs, um einige auflärende Worte zu sprechen, was der Vorsitzende wiederholt bereits verhindert hat. Zeuge, der bei der Revolte zugegen war, beschuldigt sieben Angeklagte.

Karl Pauker, Student, weiß von Kovacs nichts zu sagen, er beschuldigt Borso, eine Laterne verschlagen zu haben.

Hugo Fritz, Student, beschuldigt Frau Sz. Kovacs, aufgereizt zu haben. Außer ihr erkennt er noch fünf Angeklagte, die an der Revolte aktiv theilnahmen. — Vert h.: Haben Sie mehr zum Thor gestanden? — Zeuge: Ganz dicht daran. — Vert h.: Da waren Sie ja auch unter den Hengern, wie kommt es, daß Sie nicht verhaftet wurden? — Borso: Herr Vertheidiger, ich dulde diese Art des Fragens nicht. Der Herr ist kein Angeklagter sondern Zeuge. — Vert h.: Es ist eigenthümlich, daß nur die die Heger waren, die Bauernkleidung trugen, die Herren, die unter ihnen standen, ließ man ungehoren.

Moriz Müller (Student) erkennt fünf Angeklagte, die theils Steine warfen, theils das Thor sprengen wollten, auch er stand unter ihnen.

Johann Dypold, Universitäts-Hörer aus Budapest, zu jener Zeit noch Student am hiesigen Gymnasium, beschuldigt die Angeklagten Csatos, Hebervar und Szatmari (als er diesen beschuldigte rief der Angeklagte: „Das ist eine gewissenlose Lüge!“ Der Vorsitzende droht ihm mit Einsperren.) Auf die Frage des Richters Magai erklärt Zeuge, sich auf Szatmari nicht mehr genau zu erinnern.

Die Zeugen Riz und Bibics sind nicht erschienen, es werden ihre Aussagen vor dem Untersuchungsrichter verlesen.

Die Zeugen Falta und Daru bestätigen, daß der Angeklagte Gaal zur Zeit des Kraavalls nicht am Marktplatz gewesen sein kann.

Alle Zeugen, mit Ausnahme der beiden letzten, sind verurteilt worden. Damit schloß die heutige Verhandlung.

Versammlungen.

Einer stark besuchten Versammlung der Metallarbeiter legte der Vertrauensmann Hesz am 12. d. Mts. das Ergebnis der Statistik vor, die in der Branche vor kurzem aufgenommen ist. Betheiligt sind daran die Kollegen aus 85 Fabriken, in welchen 558 Arbeiter beschäftigt sind. Organisirt sind davon im Berliner Verband 418, im Deutschen Metallarbeiter-Verband 14 und 126 sind unorganisirt. Der überwiegende Theil arbeitet in der Regel 10 Stunden und mehr, und der Durchschnittslohn beträgt pro Stunde ca. 40 Pf. Man findet Wochenlöhne bis zu 12 M. herab und eine bedeutende Zahl von Lehrlingen in manchen Betrieben. Die Statistik soll in Form einer Broschüre den Interessenten zugänglich gemacht werden. — Ueber: „Die Stellungnahme zum 1. Mai und welche Forderungen stellen wir in diesem Jahre?“ referirt Litfin. Er nahm auf die Statistik Bezug und folgerte, daß angesichts des verhältnismäßig hohen Prozentsatzes der organisirten zur Zahl der überhaupt beschäftigten Kollegen — „sind wir organisirt — strikte Arbeitstrübe am 1. Mai durchzuführen sei. Eine Aussperrung im größeren Stil könne kaum eintreten, da die Fabrikanen auf großen Zugang von außerhalb nicht zu rechnen haben. Die Metallarbeiter solle der Präferenz sein für die weiterhin zum Beginne der Saison auszustellenden Forderungen zur Verbesserung der Lage. Der Redner begründete im einzelnen die folgenden Punkte: Einführung des Neunstundentages, Fortfall der Ueberstundenarbeit, Minimallohn von 50 Pf. pro Stunde und Anerkennung des Arbeitsnachweises. Er hat die feste Zuversicht, daß, nachdem der Anfang mit der Metallarbeiter gemacht sei, sich die letzteren Punkte bald verwirklichen werden. Ein Theil der Redner, die in der Diskussion zum Wort kamen, theilte diese Ansicht und trat lebhaft dafür ein, daß eine Durchführung der Arbeitstrübe am 1. Mai unter allen Umständen versucht werde. Man verspricht sich davon günstigen Einfluß auf alle übrigen Branchen der Metallindustrie. Von anderer Seite wurde auf das entschiedenste bestritten, daß sich der Vorschlag Litfins mit Aussicht auf Erfolg realisiren lasse. Hartmann betonte, daß, da die Saison erst im Spätsommer beginnt, die Unternehmer ohne besonderen Schaden für ihren Geldbeutel aus Anlaß der Metallarbeiter bis zur Zeit, wo sie sie nötig brauchen, aussperrten können. Werde es dann noch möglich sein, die Begeisterung für die Durchführung der Lohnforderungen zu erwecken? Auch Ráthor besprach, daß die Brüder in solcher Anzahl, ohne vom Unternehmertum eine Maßregelung zu befürchten, die Arbeit am 1. Mai ruhen lassen. Er bezeichnete es als einen taktischen Fehler, daß man diese Frage mit der Frage der Lohnforderung verknüpfte; man solle sich das Schicksal der Wütcher und Formir vor Augen halten. Litfin replizierte darauf, daß man mit den vorgeführten Argumenten jedesmal die Metallarbeiter abthun könne. An der ferneren Debatte betheiligten sich Thale, Keller, Gerick, Gesh, Buchhoz u. a. Das Resultat war der Beschluß, in den einzelnen Werkstätten nochmals eine Abstimmung zu veranstalten, wie die interessirten Kollegen sich am 1. Mai verhalten wollen. Der Vertrauensmann wird das Ergebnis dann der nächsten öffentlichen Versammlung unterbreiten. Auf die Frage, ob man im Laufe des Jahres Forderungen an die Unternehmerschaft richten wolle, stimmte die ganze Versammlung mit ja. — Die Situation bei Gsel und Glienide ist unverändert. Bei Ganderbhausen hat, wie bekannt gegeben wurde, ein gewisser Seyver trotz der Vorbaltungen, die ihm von den organisirten Kollegen gemacht sind, Arbeit angenommen; man betonte, daß trotzdem die Sache der Arbeiter ebenso wie bei der vorgenannten Juma gut steht und hofft auf einen baldigen Sieg.

Zu Bezug auf einen Bericht über die Versammlung der Parteibodenleger in Nr. 54 des „Vorwärts“ erhalten wir von Herrn Bangemann folgende Verichtigung:

Es ist nicht wahr, daß ich eine Lohnreduktion vorgenommen habe, denn ich beschäftige überhaupt keine Bodenleger, sondern übergebe meine Legearbeiten an einen selbständigen Unternehmer zu einem bestimmten Einheitspreise. Wieviel dieser seinen Leuten zahlt, weiß ich nicht und ist auch nicht meine Sache zu ergründen. Jedenfalls liefere ich aber die Mägel schon aus eigenem Interesse.

An der Hand des mir vorliegenden Minimaltarifs erkläre ich es für eine böswillige Unwahrheit, zu behaupten, daß ich diesen Tarif um 25 pCt. unterbiete. Im übrigen zahle ich heute dieselben Preise wie schon seit Jahren, mein Unternehmer wie dessen Angestellte haben sich dabei ganz wohl gefühlt.

Bei den heutigen gedrückten Preisen der Partetten ist es natürlich, daß die Leger auch ihre Ansprüche herunter schrauben, wenn sonst nicht Fabriken und Leger ohne Arbeit sein wollten, insofern ist eine Reduktion allerdings gerechtfertigt. Wer das nicht einseht, dem ist nicht zu helfen, er wird seine Einkünfte auch da bezogen, wo er es am billigsten erhält. Von einem böswilligen Trüden zum Zweck der Selbstbereicherung kann bei mir jedenfalls nicht die Rede sein. Gelingt es den Bodenlegern einheitlich zusammen zu stehen, dann ist es möglich, auch höhere Preise für den Parteboden zu erzielen, damit kann den Fabriken und deren Vertretern nur gebiet sein!

Achtung! **Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die zum Dienstag geplante Wahlvereins-Versammlung der Märzfeier wegen a. u. s. fällt. Die Mitglieder werden ersucht, sich an diesen Versammlungen recht zahlreich zu beteiligen. Also Parteigenossen, auf zu den Versammlungen am 18. März.
Der Vorstand.

Gauverein Berliner Bildhauer.
Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
im Lokale des Herrn Schneider, Annenstraße 16.
Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Aufstellung der Kandidaten zur diesjährigen General-Versammlung. 3. Fortsetzung der Generaldiskussion bezw. Statutenänderung vom 12. März. 4. Verschiedenes. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird um rege Beteiligung ersucht.
Achtung! Die Stellenvermittlung findet jetzt vormittags von 10 bis 11 Uhr statt.
Der Vorstand.

Achtung! Zimmerer. Achtung!
Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 17. März, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag: „Der 18. März und das Vermächtnis der Toten.“ Referent: Genosse Jahn. 3. Gewerkschaftliches. Die Mitglieder werden ersucht, für guten Besuch zu agitieren und pünktlich zu erscheinen. Zutritt hat jeder Zimmerer. NB. In dieser Versammlung wird die Broschüre über Substitutionswesen gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches ausgegeben.
Der Vorstand.

Verband der Sattler und Tapezierer.
Versammlungen
am Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, Zentrum, bei Herrn Wienecke, Alte Jakobstr. 83.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Jöhl über: „Die moderne Naturanschauung und ihren Einfluß auf die heutige Gesellschaft.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Norden, bei Herrn Krüger, Fennstr. 5.
Tages-Ordnung: 1. Vorlesung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltungen.

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter. Achtung!
Sonntag, den 17. März, 1895, vormittags 10 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
im Vereinshaus „Südost“, Waldemarstraße 75.
Tages-Ordnung:
1. Der Streik bei Hörs & Hallmann. 2. Stellungnahme zur Feier des 1. Mai. 3. Verschiedenes.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Ristenmacher.
Montag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Wann wollen wir in eine Lohnbewegung eintreten, sofort, am 1. Mai oder später?
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin (Zentrum).
Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl (Stichwahl) der Delegierten zur General-Versammlung. 4. Verbandangelegenheiten, Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Verein der Einseker (Tischler) Berlins und Umgegend.
Ordentliche Mitglieder-Versammlung
Sonntag, den 17. März, vorm. 11 Uhr, Neue Friedrichstr. 44.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Millarg: Bauarbeiter-Krankenkasse, Gewerbegerichts-Entscheidungen. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten.
NB. Die Mitglieder werden auf § 5 Abs. 1 des Statuts aufmerksam gemacht.
Der Vorstand.

Achtung, Schäftearbeiter!
Große öffentliche Versammlung
aller in der Schäftefabrikation beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Sonnabend, den 16. März, abends 9 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Schöpflin über: „Die Folgen der kapitalistischen Produktion.“ 2. Diskussion. 3. Die Walfrage. 4. Wahl eines Generalsekretärs/Delegierten. 5. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Textilarbeiter (Filiale I Berlin).
Sonnabend, den 16. März, abends 8 Uhr, bei Wilke, Androasstr. 26:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Die Klassenkämpfe des Proletariats.“ Ref.: Paul Jahn. 2. Diskussion. 3. Kasfenbericht. 4. Verschiedenes.
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.

Ordnentl. Generalversammlung
der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer
der
Orts-Krankenkasse
der
Maschinenbau-Arbeiter
und verwandten Gewerbe
zu Berlin
am Sonntag, den 24. März d. J., vormittags 10 Uhr, im Restaurant Bräning, Rosenthalerstraße 11/12, oberer Saal.
Tagesordnung:
1. Bericht der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung. (§ 52 des Statuts.) 30996
2. Techarge-Erteilung. 30996
3. Antrag auf Abänderung der §§ 1 und 44 des Statuts.
4. Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter sehr erwünscht. — Das Mandat legitimiert. Berlin, den 12. März 1895.
Der Vorstand.
Carl Thieme. D. Steinfeldt.

Achtung! Vergolder! Achtung!
Vergolder!
Die Filial-Versammlung am 18. März fällt der Bedeutung des Tages wegen aus und werden die Kollegen ersucht, sich rege den öffentlichen Versammlungen anzuschließen.
Der Vorstand.

Achtung! Vergolder!
Auf den Gräbern der Märzgefallenen wird am Sonntag, den 17. März, morgens 10 Uhr, ein Kranz niedergelegt. Treffpunkt 10 Uhr bei Späth, Weinstr. 11. Die Vergolder Berlins werden ersucht, sich zahlreich dazu einzufinden.
Der Vorstand.

Achtung! Kupferschmiede! Achtung!
Oeffentl. Versammlung mit Damen
Sonntag, den 17. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Feindt, Weinstr. 11.
Tagesordnung:
1. Bericht des Delegierten der Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl desselben. 2. Lohnverhältnisse der Werkstätten, Aufnahme einer Lohnstatistik. 3. Vortrag des Gen. Paul Jahn über die Klassenkämpfe des Proletariats. 4. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Einberufer.

Für Arbeiter-Festlichkeiten!
Sobald erschienen: 31026
Ein verlorener Sohn.
Bild aus dem Arbeiterleben in 1 Akt von Fr. Grundmann.
Preis 30 Pf. Porto 3 Pf. (6 Bücher Porto 10 Pf.)
Kataloge gratis und franko. Viele Komplet-Lieder und Zweit-Neuheiten.
A. Hoffmann's Verlag,
Berlin O. 27, Franzstr. 38a.

Die Hilfe,
christlich-soziales Wochenblatt
Herausgegeben von
Pfarrer Naumann in Frankfurt a. M.
Sucht an allen Orten Agenten.
Preis vierteljährlich 50 Pf. durch Agenten; 1 M. durch die Post.
Probenummern bei der Expedition, Frankfurt a. M., Obermainstr. 2 zu verlangen. 47/27
Sophastoffe
in Kips, Damast, Crépe, Phantase, Gobelin und Plüsch spottbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.
Wilmersdorf.
Mein Schneider- u. Herrengarderobengeschäft befindet sich vom 1. April cr. Auguststr. 72. 31066
F. W. Petri, Schneidermeister.

Achtung! Rixdorf. Achtung!
Am Sonnabend, den 16. März, im Lokale des Herrn Bierling, Kneisebeckstraße Nr. 77:
Stiftungs-Fest
des Sozialdemokr. Vereins „Vorwärts“, bestehend in
Konzert und Ball.
Um 10 Uhr Festrede des Reichstagsabg. W. Liebknecht. Anfang des Konzerts 8 Uhr. — Billet 20 Pf. Schulpflichtige Kinder haben keinen Zutritt. Das Komitee.

Achtung, Maurer!
Den Mitgliedern des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, Filiale 2 Berlin, zur Nachricht, daß unsere Mitglieder-Versammlung für diesen Monat ausfällt.
Der Vorstand.

Möbel-Magazin
C. Wildberger, Lübeckerstr. 31 (Moabit).
Große Auswahl in eleganten und einfachen Möbeln. Preise äußerst billig bei nur solider Ausführung.

Kaufen Sie nicht
anderwärts, bevor Sie sich nicht überzeugt haben, dass bei mir die „billigste Bezugsquelle für Hüte“ ist, und nur streng reelle Waare bei reichhaltigster Auswahl geführt wird:
Herrenhüte steif und weich 2,- 2,50 3,- 3,50
do. in F. Haarfilz 2,- 2,50 3,- 3,50
do. in Loden 1,25 1,50 2,- 2,50
Kinderhüte 1,- 1,25 1,50 2,- 2,50
Gentlemanhüte 1,50 1,75 2,- 2,50
Cylinderhüte 4,- 6,- 7,50 9,- 11,-
im Fabriklokal bei **Oscar Arnold** am Oranienplatz
Dresdenerstr. 116 (kein Laden).
Kontrollmarkenhüte zu den billigsten Preisen!

Carl Scholz, Wrangelstraße 32.
Glaserei, Spiegel und Bildereinrahmung.
Kompl. gerahmte Bilder von Casselle, Marx, Gasenclever u. a. in sauberster Ausführung. Einprägung, Wästen, Photographien in Kabinett und Vistee. Große Auswahl von Stahl- u. Kupferstichen, Oelgemälden u. Holzdruckbildern. Den Genossen im VI. Wahlkreis zur Kenntnis, daß der Zeitungspediteur Genosse Mars, Kasanien-Allee 96, eine Filiale meiner Artikel übernommen hat. (Besonders zu empfehlen: Der 1. Mai.)

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren liefert zu billigsten Preisen in reichster Auswahl die Fabrik Frucht-Strasse 25, part.

Rohtabak.
Größte Auswahl! Billigste Preise!
Lager in Formon, Bocklagers.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Seidenstoffe
Somme, Plüsch, Velours, Cravattenstoffe. Alles in größter Auswahl. Billiger als in jedem Laden. Stralauerstr. 44, 1 Tr. (kein Laden.)
Etablissement „Süd-Ost“
Waldemarstr. 75.
Empfehle meinen Saal (500 Personen fassend) und Restaurant zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Sonnabende u. Sonntage sind noch frei. 18652*
C. Ulrich.
Anerknnt am billigsten und besten werden Ihre repariert bei 28635
Aluge, Bergstr. 6.

Gelegenheitskauf
für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königsstr. 59, vorn L., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verließen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Aufbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 3 Mark, hochseine Rutschleiderspinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschränke, Damenschreibtische 30, Cylindertische, Schreibstühle 15 Mark, Garderobenspinden, Paneele, Sophas 75, Buffet, Trumeaus 65 M., Betten, Couchentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein großes Möbellager Berlin zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gelaupte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Wespinne transportiert und aufgestellt.

Trinkt
In allen Kolonialwarenhandlungen.
Packet 200 Gr., 35 Tassen 10 Pf.

Sophabezugs-Neste
Tischdecken-Neste, Portieren-Neste, Gardinen-Neste am billigsten Grünor Weg 57.
J. Sturm, Münzstrasse 5, Friedrichstr. 25 26
Bonbon, Marzipan, Confituren.
Bei Erkält., Husten etc. mache man einen Versuch in Sturm's Pectoral-Bonbon, per Packet 20 Pf.

Arbeitsmarkt.
Achtung Tischler!
Die Kollegen der Werkstat Weiss, Bülowstraße 57, haben die Arbeit eingestellt wegen fortgesetzter Lohnabzüge.
Zuzug fernhalten!
Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes
Tüchtige Schraubendreher verlangen bei lohnendem Alfred Beutzel & Hundt, Braudenburgstr. 6. 30056
Tüchtige Monteur, welche an Näh- oder Stichtmaschinen gearbeitet haben, verlangt Stein, Blumenstr. 24. 30056
Goldleisten. Tüchtige Gelegerrinnen und Vergolderinnen finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung Köpckestr. 109a. 31066
Goldleisten.
Tüchtige Goldarbeiter finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung Köpckestr. 109a.
Plätterinnen auf Manschetten beschäftigt dauernd Felix Karpe, Blumenstraße 70, Aufg. 9. 31066

Briefmarken, einzelne, wie ganze Sammlungen, kauft Kaim, Friedrichstr. 256.
Bruchbänder
aller Art (eigenes Fabrikat), sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege empfohlen
J. Ch. Pollmann, Linien-Lieferant für Orts- u. Hilfs-Krankenkassen.
Büchführung, auch stundenweise besorgt zuverlässig
8 51 (n), Saarbrückerstr. 7. 29846